



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat III/8
Sitzungstag:	Dienstag, den 29.03.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21.20 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Kai Emde

Vorlage: M/2011/783

1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.3. Einwohnerfragestunde

1.1.4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/780

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

- entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahl des 3. stellvertretenden Bürgermeisters / der 3. stellvertretenden Bürgermeisterin

Vorlage: V/2011/693

1.4.2. Einführung und Verpflichtung des 3. stellvertretenden Bürgermeisters / der 3. stellvertretenden Bürgermeisterin

Vorlage: M/2011/782

1.4.3. Wahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: V/2011/694

1.4.4. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW;

hier: Aufsichtsrat der Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H.

Vorlage: V/2011/696

- 1.4.5. Einführung des SchülerTickets zum 01.08.2011
Vorlage: V/2011/703
- 1.4.6. Anerkennung der Alice-Salomon-Schule als Verbundschule mit dem weiteren Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung
Vorlage: V/2011/683
- 1.4.7. V. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagschule"
Vorlage: V/2011/692
- 1.4.8. Klageerhebung gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011
Vorlage: V/2011/701
- 1.4.9. Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2010 ins Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/702
- 1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**
- 1.5.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2011/677/1
- 1.5.2. Investitionsprioritätenliste 2011
Vorlage: V/2011/678/1
- 1.5.3. XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2011/668
- 1.5.4. II. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth
Vorlage: V/2011/685
- 1.6. Anfragen - keine -**
- 1.7. Anträge - keine -**
- 1.8. Mitteilungen**
- 1.8.1. Erledigungsstand Haushaltsbeschlüsse 2010
Vorlage: M/2011/789
- 1.8.2. Sachstand Tierheim Wipperfürth
Vorlage: M/2011/781
- 1.8.3. Aufstellung eines Personalbedarfskonzeptes; Zeitplan
Vorlage: M/2011/787
- 1.8.4. Ausbau der Breitbandversorgung; mündlicher Bericht der Verwaltung
- 1.8.5. Ergebnisrechnung 2010
Vorlage: M/2011/788
- 1.8.6. Kinderspielplatz Im Neubaugebiet Siebenborn

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
- entfällt -
- 2.4. Beschlüsse** - entfällt -
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen** - entfällt -
- 2.6. Anfragen** - entfällt -
- 2.7. Anträge** - entfällt -
- 2.8. Mitteilungen**
- 2.8.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/779
- 2.8.2. Grundstücksangelegenheit; Baubetriebshof
Vorlage: M/2011/786
- 2.8.3. Sachstand zu den im Unterausschuss "Personal" vorgetragenen Anträgen des Personalrates;
mündlicher Bericht der Verwaltung
- 2.8.4. Personalangelegenheit im Grundschulbereich

Vacca, Vincenzo Hubert	CDU	
Weingärtner, Bastian	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	(bis TOP 2.8.2, 21.10 Uhr)
Wuttke, Henry	FDP	

Verwaltungsvertreter

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Als Gast:

Stock, Christoph		Prokurist der OVAG (zu TOP 1.4.5)
------------------	--	--------------------------------------

Es fehlten:

Blechmann, Karin	SPD
Grolewski, Joachim	UWG
Schüler, Heinz	SPD

1 Öffentliche Sitzung

Gedenken an den verstorbenen Ratsherrn Wolfgang Eicker

In einer kurzen Rede erinnert Bürgermeister **von Rekowski** an den am 18. Februar im Alter von 63 Jahren plötzlich verstorbenen Ratsherrn und stellvertretenden Bürgermeister Wolfgang Eicker, Mitglied der FDP-Fraktion. Er geht dabei auch auf das große ehrenamtliche Engagement Herrn Eickers außerhalb seiner Ratstätigkeit ein. Die Sitzungsteilnehmer erheben sich im Gedenken an den Verstorbenen von ihren Plätzen.

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Einführung und Verpflichtung des Ratsherrn Kai Emde

Vorlage: M/2011/783

Bürgermeister **von Rekowski** führt den neuen Ratsherrn **Kai Roland Emde** in sein Amt ein, der mit Wirkung vom 08.03.2011 aus der Reserveliste der FDP in den Rat nachgerückt ist, und verpflichtet ihn in feierlicher Form. Über die Einführung und Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift aufgenommen, die der Originalausfertigung dieser Niederschrift beigelegt ist.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der Form des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt, wobei als zusätzliche Mitteilung 1.8.6 der Sachstand zur Realisierung des Kinderspielplatzes im Neubaugebiet Siebenborn aufgenommen wird.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/780

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 **Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW** - entfällt -

1.3 **Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
- entfällt -

1.4 **Beschlüsse**

1.4.1 **Wahl des 3. stellvertretenden Bürgermeisters / der 3. stellvertretenden Bürgermeisterin**

Vorlage: V/2011/693

Beschluss:

Zum 3. stellvertretenden Bürgermeister wird Ratsherr Kai Roland Emde gewählt.

Abstimmungsergebnis: siehe unten

Ratsherr **Schnepper** schlägt für die FDP-Fraktion Ratsherrn Kai Roland Emde und Ratsherr **Frielingsdorf** im Namen der UWG-Fraktion Ratsherrn Harald Koppelberg zur Wahl vor. Von den Fraktionen werden folgende Ratsmitglieder für die Stimmauszählung benannt: Norbert Grüterich (CDU), Peter Brachmann (SPD), Klaus-Dieter Felderhoff (UWG), Klaus Schulte-Thiele (Bündnis 90/Die Grünen) und Henry Wuttke (FDP).

Anschließend erfolgt die geheime Wahl mit Hilfe von Stimmzetteln, zu der Bürgermeister **von Rekowski** in alphabetischer Reihenfolge aufruft. Nach der Auszählung gibt er das Wahlergebnis bekannt. Danach ist bei 20 Stimmen für Ratsherrn Emde und 13 Stimmen für Ratsherrn Koppelberg sowie bei einer Stimmenthaltung Ratsherr Kai Roland Emde zum neuen 3. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt gewählt ist.

Ratsherr **Emde** nimmt die Wahl an, dankt für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen und verspricht, das Amt im Sinne der Stadt ausüben zu wollen.

1.4.2 **Einführung und Verpflichtung des 3. stellvertretenden Bürgermeisters / der 3. stellvertretenden Bürgermeisterin**

Vorlage: M/2011/782

Bürgermeister **von Rekowski** führt den soeben gewählten 3. stellvertretenden Bürgermeister, Ratsherrn Kai Roland **Emde**, in sein neues Amt ein und weist auf die soeben bereits erfolgte und schriftlich dokumentierte Verpflichtung des Gewählten als Ratsmitglied

1.4.3 Wahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: V/2011/694

Beschluss:

Einzigster persönlicher Stellvertreter des Ratsmann Josef W. Schnepfer im **Haupt- und Finanzausschuss** ist nach dem Tode des Ratsmann Wolfgang Eicker Ratsmann Henry Wuttke.

Zum Nachfolger des verstorbenen Ratsmann Wolfgang Eicker als ordentliches Mitglied des **Rechnungsprüfungsausschusses** wird Ratsmann Kai Emde gewählt. Persönlicher Stellvertreter bleibt Ratsmann Josef W. Schnepfer.

Zum Nachfolger des verstorbenen Ratsmann Wolfgang Eicker als ordentliches Mitglied des **Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt** wird der sachkundige Bürger Christian Berger gewählt, der bisher einer der persönlichen Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds Josef W. Schnepfer war.

Einzigster persönlicher Stellvertreter der sachkundigen Bürgerin Monika Duhm im **Ausschuss für Schule und Soziales** bleibt nach dem Tode des Ratsmann Wolfgang Eicker der sachkundige Bürger Christian Berger.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmann **Schnepfer** ändert für die FDP-Fraktion vor der Abstimmung den Wahlvorschlag zur Besetzung des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß Beschlussvorlage mündlich dahin gehend, dass nicht Ratsmann Henry Wuttke, sondern Ratsmann Kai Roland Emde zum Nachfolger des Herrn Eicker vorgeschlagen wird.

1.4.4 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW; hier: Aufsichtsrat der Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H.

Vorlage: V/2011/696

Beschluss:

Der Rat bestellt gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW in der Nachfolge des verstorbenen Ratsmann Wolfgang Eicker als persönlicher Vertreter des ordentlichen Mitglieds Josef W. Schnepfer Herrn Franz-Josef Flosbach, wohnhaft Johann-Wilhelm-Roth-Straße 22, Wipperfürth, in den Aufsichtsrat der Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.5 Einführung des SchülerTickets zum 01.08.2011

Vorlage: V/2011/703

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Wipperfürth beschließt ab 01.08.2011 die verbindliche Einführung des SchülerTickets für alle weiterführenden Schulen.
2. Für den Grundschulbereich ist mit den betreffenden Grundschulen abzuklären, ob sie ab 01.08.2011 mit dem angekündigten PrimaTicket einen Fahrausweis nur für den Ausbildungsverkehr oder mit dem SchülerTicket einen Fahrausweis für Schule und Freizeit haben möchten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr **Scherkenbach** teilt die Auffassung von Herrn **Wollnik**, dass die heutige Entscheidung eigentlich ohne Alternative und deshalb keine echte Entscheidung ist. Das SchülerTicket habe sehr viele Vorteile für die Freizeitgestaltung. Es gebe aber im ländlichen Raum sehr viele Orte und Kirchdörfer, deren Schüler das SchülerTicket wegen schlechter Anbindungen insbesondere an den Wochenenden überhaupt nicht oder kaum nutzen können.

Der Elternbeitrag sollte in der Diskussion nicht außer acht gelassen werden. Die Frage stelle sich, warum es das PrimaTicket als Alternative zum SchülerTicket nicht auch für Schüler in der Sekundarstufe I gibt. Die Verwaltung sei aufgefordert, sich beim VRS-Verband dafür einzusetzen, dass den Eltern der Sekundarstufe-I-Schüler eine Wahlmöglichkeit zwischen SchülerTicket und PrimaTicket eingeräumt wird. Das Ergebnis sollte in der Schulausschuss-Sitzung am 25.05.2011 vorgestellt werden.

Herr **Stock**, OVAG, teilt mit, die OVAG selbst könne an den festgelegten Tarifbestimmungen des Zweckverbandes VRS nichts ändern. Der Beschluss der Zweckverbandsversammlung zum PrimaTicket stehe noch aus, solle aber am 08.04.2011 gefasst werden. Sollte ein separates Ticket für die Schüler der Sekundarstufe I eingeführt werden, so müsste dies ebenfalls über den Zweckverband VRS beantragt werden. Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, in diesem Sinne ja die Verwaltung aufgefordert zu haben, sich entsprechend einzusetzen.

Ratsherr **Hirsch** erklärt ebenfalls, er sehe keinen Raum für eine Entscheidung. Die Schüler der Sekundarstufe I seien genötigt, bei Zuzahlung durch die Eltern das SchülerTicket zu erwerben. Aufgrund der seinerzeitigen Kritik sei das PrimaTicket für Grundschüler eingeführt worden. Warum es nicht ähnliche Tickets auch für Schüler der Sekundarstufen I und II gebe, entziehe sich seiner Kenntnis. StVD **Wollnik** beantwortet seine Fragen zu etwaigen Ermäßigungen für Bezieher von Leistungen nach dem SGB.

Anschließend kommt es zu einer längeren Diskussion über die Gründe, die zu der in der Verbandsversammlung des VRS beschlossenen Tarifstruktur ge-

führt haben. Während Ratsherr **Wurth** über den Verlauf der dortigen Beratungen und die Entscheidungsgründe berichtet, legt Ratsherr **Scherkenbach** Wert darauf, auch in öffentlicher Sitzung und damit zur Elterninformation hinterfragen zu können, weshalb es kein separates Ticket für Schüler der Sekundarstufe I gibt.

1.4.6 Anerkennung der Alice-Salomon-Schule als Verbundschule mit dem weiteren Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung

Vorlage: V/2011/683

Beschluss:

Die Alice-Salomon-Schule wird ab dem Schuljahr 2011/12 als Förderschule mit dem Förderschwerpunkten Lernen und Sprache im integrativen Verbund mit dem weiteren Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung geführt. Die Verwaltung wird beauftragt, das entsprechende Genehmigungsverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.7 V. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagschule"

Vorlage: V/2011/692

Beschluss:

Die V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ wird in der als Anlage 1 beiliegenden Fassung rückwirkend zum 01.01.2011 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anlage:

V. Änderungssatzung

**V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth
über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“
vom __.__.2011**

Auf Grund von §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW), § 9 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) in Verbindung mit § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in den bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am 29.03.2011 die nachstehende V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ vom 04.11.2005 in der Fassung der IV. Änderungssatzung vom 17.12.2008 wird wie folgt geändert:

1.) § 3 Abs. 5 Satz 2

Entfällt

2.) § 4 Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt geändert und Satz 5 hinzugefügt:

„Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften ist nicht hinzuzurechnen. Das Elterngeld gemäß Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu einer Höhe von 300,00 € pro Monat anrechnungsfrei.“

3.) § 4 Abs. 1 Satz 6 (alt) bzw. Satz 7 (neu) wird wie folgt geändert:

„Leben in einer Haushaltsgemeinschaft drei und mehr Kinder, sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.“

4.) § 4 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Maßgebend für die Bemessung der Beitragshöhe ist das Einkommen des lfd. Kalenderjahres. Im Rahmen der erstmaligen Ermittlung dieses Einkommens oder im Rahmen einer zu aktualisierenden Berechnung aufgrund von Änderungen in den persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen sind die prognostizierten Einkünfte für das gesamte laufende Jahr zu berücksichtigen. Sollte die Ermittlung des Einkommens des laufenden Kalenderjahres nicht möglich sein, ist zunächst auf das Einkommen des Kalendervorjahres zurückzugreifen.“

Nach Abschluss eines Kalenderjahres ist für die endgültige Beitragsfestsetzung das tatsächlich erzielte Einkommen anzurechnen. Der sich danach ergebende höhere oder niedrigere Elternbeitrag ist grundsätzlich zum 01.01. des maßgeblichen Kalenderjahres festzusetzen.“

5.) § 6 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

„Die Elternbeiträge nach dieser Satzung werden durch schriftlichen Bescheid des Schulträgers festgesetzt und sind zum 1. eines jeden Monats im Voraus zu zahlen.“

Artikel 2

Diese V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den __.__.2011

(Michael von Rekowski)
Bürgermeister

1.4.8 Klageerhebung gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011

Vorlage: V/2011/701

Die Vorlage mit folgendem Beschlusssentwurf war Bestandteil der Einladung:

„Der Rat der Stadt Wipperfürth beschließt, dass er die Klageerhebung durch die Gemeinde Nümbrecht gegen die Kreisumlagefestsetzung des Jahres 2011 unterstützt und dass sich die Stadt Wipperfürth an den Kosten des Klageverfahrens beteiligt.

Die Kostenverteilung erfolgt unter den oberbergischen Kommunen nach dem Schlüssel der Umlagegrundlagen zur Festsetzung der allgemeinen Kreisumlage 2011.“

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, die CDU-Fraktion könne dem Beschlusssentwurf auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse nicht zustimmen. Zunächst einmal müsse die Aussicht auf Erfolg einer solchen Klage geprüft werden; es sei außerdem offen, ob sich wirklich alle Städte und Gemeinden beteiligen würden. Er beantrage Vertagung, das Prüfergebnis sollte dem Rat zu dessen nächster Sitzung am 17.05.2011 vorgelegt werden.

Bürgermeister **von Rekowski** berichtet, dass das Rechtsanwaltsbüro Dr. Wacker zunächst durch die Gemeinde Nümbrecht mit einer Vorprüfung beauftragt werde. Dieses Gutachten, für das die Gemeinde zunächst die Kosten übernehme, diene dazu, die Aussicht auf Erfolg abschätzen zu lassen.

Auch Ratsherr **Mederlet** sieht keinen zeitlichen Druck, heute entscheiden zu müssen. Es handele sich auch nicht um eine parteipolitische Frage. Das Ganze diene vielmehr dem Zweck, das Finanzgefüge zwischen den Kreisen und ihren kreisangehörigen Kommunen grundsätzlich zu hinterfragen. Auch er schlägt eine Vertagung vor.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, die Nachricht der Gemeinde Nümbrecht abzuwarten und stimmt dem Vorschlag des Ratsherrn Scherkenbach zu, zusätzlich auch den Städte- und Gemeindebund einzuschalten.

Da offensichtlich Einigkeit über das weitere Vorgehen besteht, findet über die Vertagungsanträge keine förmliche Abstimmung statt.

1.4.9 Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2010 ins Haushaltsjahr 2011

Vorlage: V/2011/702

Beschluss:

Die in der Anlage *) einzeln aufgeführten Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von insgesamt 3.945.548 €, davon 1.005.436 € im Ergebnisplan und 2.940.112 € im Finanzplan, werden gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis genommen und beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage innerhalb des I. Nachtrags zur Einladung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2011/677/1

1. Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen zum Haushaltsentwurf 2011 wird wie folgt beschlossen:

- a) (auf Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion)
Die zum Haushalt 2009 und 2010 geforderte Maßnahme, dass alle geplanten **Investitionsmaßnahmen über 150.000,- Euro** vor der Vergabe durch den Haupt- und Finanzausschuss freigegeben werden müssen, soll auch für den Haushalt 2011 gelten.
- b) (auf Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion)
Der **Haushalt** der Stadt Wipperfürth wird in Zukunft **bis spätestens Ende Januar** des laufenden Jahres durch den Rat **verabschiedet**.
- c) (auf Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion)
Die Verwaltung wird beauftragt, **Einsparpotentiale** zu erarbeiten und aufzuzeigen. Der Haupt- und Finanzausschuss ist über die Einsparmöglichkeiten sowie Ergebnisse laufend zu unterrichten.
- d) (auf Antrag Nr. 4 der CDU-Fraktion)
Die unter Projektnummer 5100066 vorgesehene **Ersatzbeschaffung des Werbefahrzeuges für den Abwasserbeseitigungsbetrieb** in Höhe von 20.000,- Euro wird zugunsten einer Beratung im Bauausschuss gesperrt.

- e) (auf Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion bzw. Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion)
Die für das **Deckenprogramm im Außenbereich** 2011 vorgesehene Summe von 160.000,-- Euro wird um weitere 50.000,-- Euro für Winterschäden erhöht. Der Bauhof wird neben der Beseitigung der Winterschäden unmittelbar mit der Umsetzung der durch die jährliche Wegebereisung erstellten Prioritätenliste für 2011 beginnen. Durch den Bauhof nicht verwendete Mittel werden für eine mögliche Fremdvergabe eingesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bauausschuss in seiner Sitzung am 09.06.2011 über den aktuellen Sachstand des Deckenprogramms zu informieren. Dazu wird eine detaillierte Liste der durch den Bauhof und im Rahmen von Fremdvergaben durchzuführenden Maßnahmen mit den entsprechenden Kosten vorgelegt.
Der Bauausschuss ist kontinuierlich über den Fortgang der Sanierungsarbeiten zu informieren.
- f) (auf Antrag Nr. 7 der CDU-Fraktion)
Die Verwaltung wird beauftragt, **Planungskosten** in Höhe von 50.000,-- Euro in den Haushalt einzustellen, die für die Erarbeitung eines Konzeptes **für den Surgères-Platzes** eingesetzt werden.
- g) (auf Antrag Nr. 8 der CDU-Fraktion)
Die im Haupt- und Finanzausschuss am 22.02.2011 vorgestellte Prioritätenliste wird unter Punkt 5100138 (siehe auch Haushalt Seite II-324) „**Neubau Gehweg Dohrgaul**“ in der Spalte Einnahmen um 45.000,-- Euro verringert. Die zu erwartenden KAG-Gebühren sind erst im Jahr 2012 zu veranschlagen, da die zweijährige Information der Bürger nicht eingehalten wurde.
- h) (auf Antrag der CDU-Fraktion)
Für alle investiven Maßnahmen sowie bei Generalinstandsetzungen von Gemeindestraßen, Sanierungsmaßnahmen an weiteren Bauwerken, sprich Kanäle, Straßenbeleuchtung, Brücken etc. werden zukünftig den zuständigen Fachausschüssen mindestens **zwei Varianten der Ausführung** mit entsprechenden Kostenkalkulationen vorgestellt. Neben den reinen investiven Kosten sollte auch, soweit möglich, eine Gegenüberstellung von Folgekosten der unterschiedlichen Standards erfolgen. Der Fachausschuss wird dann über den Standard entscheiden.
- i) (auf Antrag der SPD-Fraktion)
Betr.: Schulträgeraufgaben - **Anschaffung von Smartboards**
Die Sperrung der Ansätze in Höhe von insgesamt 60.000,-- Euro zu Gunsten des Ausschusses für Schule und Soziales wird beschlossen. Im Fachausschuss wird das Konzept vorgestellt unter Einschluss der Aspekte Folgekosten (z.B. für technischen Support) / Betreuung und Gesamtbedarf in den Folgejahren.
Die Schulleitungen (Sprecher) der Schulen sind in die Beratung einzubeziehen.

j) (auf Antrag der SPD-Fraktion)

Betr.: **Alte Drahtzieherei** (Seite II-201)

Der Ansatz für das Nutzungsentgelt in Höhe von 195.000,- Euro wird zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses gesperrt. Erforderliche Teilanzahlungen bis zur Beratung in der nächsten Ausschusssitzung sind zulässig.

Zusätzlich zur vereinbarten Berichterstattung über die Entwicklung der Bürgerstiftung und der Alte Drahtzieherei Verwaltungs- & Betriebsgesellschaft mbH in Rat und Haupt- und Finanzausschuss wird folgendes beschlossen:

- Dem HFA wird bis zur Sommerpause ein städtisches Nutzungskonzept für 2011 zur Genehmigung vorgelegt.
- Darüber hinaus ist bis Oktober 2011 ein Konzept zu erarbeiten, das den kontinuierlichen Abbau von Zahlungsverpflichtungen der Stadt wegen Alte Drahtzieherei in den kommenden Jahren aufzeigt.
- Der Informationsfluss des Rates vor Entscheidungen der GmbH bzw. der Bürgerstiftung insbesondere strategischer, personeller und finanzieller Art betreffend die Alte Drahtzieherei ist sicher zu stellen, z.B. in Form einer Möglichkeit zur Teilnahme an den Gremiensitzungen von Stiftung und GmbH (Vorschlag: je Fraktion ein Vertreter).
- Die Schlussbilanz 2010 der Alten Drahtzieherei ist dem HFA unverzüglich vorzulegen.
- Die sachgerechte Zuordnung der Haushaltsmittel zu den richtigen Produkten / Teilplänen ist spätestens zum nächsten Haushalt sicher zu stellen.

k) (auf Antrag der SPD-Fraktion)

Betr.: **Straßenbeleuchtung Ausbauprogramm 2012 bis 2017** (Seite II-317)

Der Mittelansatz in Höhe von 20.000,- Euro wird zunächst zu Gunsten des Bauausschusses gesperrt.

Die Verwaltung ist beauftragt, dem Fachausschuss rechtzeitig vor der Einbringung des Haushalts 2012 (möglichst vor der Sommerpause) das Konzept mit wirtschaftlichen und technischen Aspekten (Investitionen, Folgekosten, Auswirkungen auf den Vertrag mit der BEW etc.) LED-Leuchten von bis zu 1,2 Millionen Euro bis 2017 (jährlich 200.000,- Euro bis 2017) vorzustellen.

l) (auf Antrag der SPD-Fraktion)

Betr.: **Kinderspielplatzausbau** (1.06.01 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)

Bei der Umsetzung der 15.000,- Euro für Ausbau/Sanierung der Kinderspielplätze ist vorher das Kinder- und Jugendparlament anzuhören.

Ebenso ist die Beteiligung des Kinder- und Jugendparlaments bei der Erneuerung des Parks Ohler Wiesen (ehemaliger Spielplatz) sicher zu stellen.

- m) (auf Antrag der SPD-Fraktion)
 Betr.: **Regionales Gebäudemanagement**, PG 2.01.13
 Mittelansatz 2011 325.000,-- Euro, **Realschule**, 225.000,-- Euro
Hauptschule,
 Mittelansatz 2012 200.000,-- Euro, Realschule, 250.000,-- Euro
 Hauptschule,
 weitere Mittel 2013 ff.
 Dem Schulausschuss werden die vorgesehenen Maßnahmen für das
 „Schulzentrum Düsterohl“ für 2011 und die nächsten Jahre vor Maß-
 nahmenbeginn vorgestellt. Der Bauausschuss ist ebenfalls in die In-
 formationen einzubeziehen.
- n) (auf Antrag der UWG-Fraktion)
 Die Verwaltung wird beauftragt, die Funktion des **Finanzcontrol-
 lings** zu analysieren. Ebenso soll bei der Kommunalaufsicht erfragt
 werden, in welcher Ausprägung diese Funktion als Pflichtaufgabe
 gewertet wird und mit welchem Stellenanteil dies zukünftig ausge-
 wiesen werden kann.
- o) (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
 Es wird beschlossen, dass es zu systematischen **Nachverfolgungen
 bzw. Nachkalkulationen von größeren Projekten** kommt. Insbe-
 sondere investive Maßnahmen gehen häufig von bestimmten An-
 nahmen und z.B. Kosteneinsparungen aus, deren Erreichung zu ü-
 berprüfen ist. Hieran muss die Politik ein stärkeres Eigeninteresse
 entwickeln, um nachhaltigere Entscheidungen treffen zu können.
 Diese Nachverfolgung sollte im Aufgabenbereich des Haupt- und Fi-
 nanzausschusses angesiedelt sein. Auch muss zum Zeitpunkt der
 Investitionsentscheidung über Folgekosten entschieden werden, die
 wiederum den Haushalt belasten können, ohne dass deren Finanzie-
 rung gesichert ist.
 Dies wiederum muss Gegenstand der jeweiligen Haushaltsberatun-
 gen sein.
- p) Der Antrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den „**Aus-
 und Umbau Klosterberg**“ um zunächst drei Jahre zu verschieben,
 wird abgelehnt.
- q) (auf Antrag der FDP-Fraktion)
 Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie zu-
 sätzliche **Ressourcen** (Budget, Personal) **für den Produktbereich
 Wirtschaftsförderung** (Haushaltsposition 1.15) bereitgestellt wer-
 den können. Diese sollen dem HFA in seiner Sitzung am 22. Juni
 vorgelegt werden. Darüber hinaus ist der HFA in den folgenden Sit-
 zungen regelmäßig über die weitere Entwicklung des Bereichs Wirt-
 schaftsförderung (einschließlich WEG) zu unterrichten. Ziel ist die
 aktive Standortwerbung und Schaffung neuer Arbeitsplätze für Wip-
 perfürh.

Abstimmungsergebnisse:

- zu a): einstimmig
- zu b): einstimmig bei 1 Stimmenthaltung
- zu c): einstimmig siehe auch Erläuterung
- zu d): einstimmig
- zu e): einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen siehe auch Erläuterung
- zu f): mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen
- zu g): einstimmig
- zu h): einstimmig
- zu i): einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen
- zu j): einstimmig siehe auch Erläuterung
- zu k): einstimmig
- zu l): einstimmig
- zu m): einstimmig
- zu n): einstimmig siehe auch Erläuterung
- zu o): einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen
- zu p): mehrheitlich bei 3 Stimmen für den Antrag
- zu q): mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen

2. Den vom Unterausschuss Personal am 22.03.2011 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2011 gegenüber dem eingebrachten Entwurf wird zugestimmt (Anlage 9 zur Beschlussvorlage)

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

3. Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 14. Dezember 2010 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2011 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. und 2. einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans laut Veränderungsnachweis der Verwaltung (Anlage 7 zur Beschlussvorlage) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

4. Wegen der ab 2011 nochmals verschlechterten Finanzausstattung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches wendet sich der Rat der Stadt Wipperfürth mit einer Resolution (siehe Anlage) an das Land und den Bund.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Resolution zum Thema Kommunal Finanzen

Der Rat der Stadt Wipperfürth stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen insgesamt in einer dramatischen Situation ist, die die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Grundgesetz auf Dauer nicht mehr gewährleistet.

Allein die Sozialleistungen der Kommunen in NRW haben sich in den letzten 10 Jahren von 8,2 Mrd. auf 12,4 Mrd. erhöht. Die Steuereinnahmen der Kommunen haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können und sind noch weit von den Werten vor der Finanzkrise entfernt. Die Folge sind kommunale Kassenkredite von mittlerweile mehr als 20 Mrd. EUR.

Alle staatlichen Ebenen sind aufgefordert,

- Kosten, Aufgaben und Ausgaben kritisch zu hinterfragen,
- keine weiteren Aufgaben zu Lasten der Ausgaben der Kommunen zu beschließen (strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips),
- mehr Beteiligung der kommunalen Familie auf Bundes- und Landesebene ermöglichen

Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat sind aufgefordert, konkrete Schritte zur Entlastung der Kommunen einzuleiten. Die Gemeindefinanzkommission muss ihre Arbeit beschleunigen und eine dauerhafte, gerechte und verlässliche kommunale Finanzausstattung sicher stellen.

Dringend hat der Bund die Entlastung der Kommunen von den Sozialtransferleistungen zu bewerkstelligen und schrittweise bis zur Hälfte am Aufwand der Soziallasten sich zu beteiligen.

Das Land NRW, Regierung und Parlament, sind aufgefordert, in Solidarität mit den Städten und Gemeinden und Kreisen die Höhe der Verbundmasse als Berechnungsgrundlage strukturell zu verstetigen und bei der Anpassung der Grunddaten für die Berechnungen des GFG 2011 ff. den Belangen des ländlichen Raums Rechnung zu tragen. Hierzu gehört bei der Berechnung des Soziallastenansatzes auch die Vorhaltung kommunaler Infrastruktur und Präventionsbemühungen ebenso mit zu berücksichtigen wie die Einführung eines Flächenansatzes als auch die zügige Aktualisierung der Schülerdaten

Der Innen- und Kommunalminister NRW ist aufgefordert, mit der Regierungspräsidentin Köln und der Kommunalaufsicht des Kreises die Spielräume und somit mehr Flexibilität bei der Entwicklung kommunaler Konsolidierungsstrategien in der praktischen Anwendung zu ermöglichen.

Die Städte und Gemeinden als unterste Ebene unseres demokratischen Gemeinwesens müssen gestärkt werden, um auch in Zukunft Demokratie, Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die kommunale Selbstbestimmung zu bewahren und weiter zu entwickeln. Den Kommunen kommt eine mindestens ebenso große Systemrelevanz für die Funktionsfähigkeit des Sozial- und Rechtsstaates zu wie den Finanzakteuren.

Der Rat der Stadt Wipperfürth fordert Bund und Land zu schnellem Handeln auf.

Vor den Abstimmungen zu den Ziffern 1 bis 4 des Beschlusentwurfes bzw. über die Anträge halten die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden nach den beigefügten Redemanuskripten in folgender Reihenfolge:

Haushaltsrede des Ratsherrn Friedhelm Scherkenbach (CDU-Fraktion)	= Anlage 1
Haushaltsrede des Ratsherrn Frank Mederlet (SPD-Fraktion)	= Anlage 2
Haushaltsrede des Ratsherrn Harald Koppelberg (UWG-Fraktion)	= Anlage 3
Haushaltsrede des Ratsherrn Andreas Schmitz (Fr. B.90/Die Grünen)	= Anlage 4
Haushaltsrede des Ratsherrn Friedhelm Scherkenbach (CDU-Fraktion)	= Anlage 5

Erläuterungen zu Ziffer 1 des Beschlusses:

zu Buchst. c):

Vor der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion erklärt sich Ratsherr **Schmitz** damit einverstanden, dass sich seine Fraktion diesem Antrag als dem weitergehenden gegenüber dem Antrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen kann.

zu Buchst. e):

Vor der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion erklärt Ratsherr **Mederlet**, dass sich der Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion inhaltlich weitgehend damit deckt und über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt werden kann unter der Voraussetzung, dass die Ergänzungen aus dem SPD-Antrag mit zur Abstimmung gestellt werden. Hierüber wird Einvernehmen erzielt.

zu Buchst. j):

Vor der Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion erklärt sich Ratsherr **Koppelberg** damit einverstanden, dass sich seine Fraktion diesem Antrag als dem weitergehenden gegenüber dem Antrag Nr. 1 der UWG-Fraktion anschließen kann.

zu Buchst. n):

Vor der Abstimmung über den Antrag der UWG-Fraktion erklärt sich Ratsherr **Schmitz** damit einverstanden, dass sich seine Fraktion diesem Antrag als dem weitergehenden gegenüber dem Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen kann.

Zu Buchst. p):

Zu diesem Antrag erklärt StBD **Barthel**, dass eine weitere Verzögerung des Projektes Klosterberg, nachdem die Bezirksregierung bereits einer einjährigen Hinausschiebung zugestimmt habe, nicht mehr möglich sei. Innerhalb von zwei bis drei Monaten müssten die Fördermittel abgerufen werden, andernfalls würde der Stadt die Verschiebung durch die dann erforderliche Verzinsung viel Geld kosten. Auf Nachfrage, ob der Antrag zurück gezogen werde, verneint Ratsherr **Schmitz** dies.

Erläuterung zu Ziffer 4 des Beschlusses:

Vor der Abstimmung über die Tischvorlage zieht Bürgermeister von Rekowski den Verwaltungsentwurf für die zu beschließende Resolution zurück und stellt den von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurf zur Abstimmung.

HH 2011
CDU Fraktion
Friedhelm Scherkenbach

Wipperfürth, den 29.03.2011

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

wie schnell doch ein Jahr vergeht. Das Jahr 2010 begann für uns als Stadtrat mit den Beratungen und der Verabschiedung des Haushaltes und endete mit der Einbringung des neuen Haushaltes für das Jahr 2011, über den wir heute Abend zu entscheiden haben. Auch mit dem Haushalt für das Jahr 2011 befinden wir uns als Nothaushaltskommune im Haushaltssicherungskonzept, jedoch verspürt man eine leicht aufsteigende Tendenz, die uns auf bessere Zeiten hoffen lässt. Schon die voraussichtlichen, verbesserten Defizite im Jahr 2010 gegenüber den ursprünglichen Haushaltsplanungen zeigen, dass es leicht aufwärts geht.

Jedoch sollten wir uns nichts vormachen, es wird ein weiter und schwerer Weg sein, den wir beschreiten. Wie endete ich meine letzte jährige Haushaltsrede trefflich: „... wir sind auf einem guten Weg und den sollten wir auch gehen“.

Als Wegweiser für meine diesjährige Haushaltsrede möchte ich die verschiedenen Ausschüsse nehmen und würde gerne mit dem Thema **Finanzen** beginnen:

Der Haushalt der Stadt Wipperfürth wurde in der Vergangenheit immer im Dezember eines Jahres verabschiedet. Dies änderte sich erst mit dem Haushalt 2010, den wir erst am 9.3.2010 verabschieden konnten und auch in diesem Jahr schreiben wir bereits den 29.März. Ein Viertel des Jahres ist schon vorbei, manche Dinge die in diesen Haushalt eingebracht wurden, sind evtl. schon auf den Weg gebracht und können nicht mehr gestoppt werden oder aber viele Punkte sind noch gar nicht angepackt worden, da man den Haushalt noch nicht verabschiedet hat. Die CDU-Fraktion ist daher der Meinung, dass man hier wertvolle Zeit verspielt. Einzelne Bereiche können somit erst im April begonnen werden, was heißt: erste Umsetzungen können erst im Juni/ Juli erfolgen, dann sind Sommerferien und dann ist das Jahr eigentlich schon wieder um.

Wir stellen daher den Antrag, den Haushalt in Zukunft bis zum 30.Januar eines Jahres zu verabschieden. Damit ist immer noch gewährleistet, dass die Zahlen der Kreisumlage und der Landeszuweisungen belastbar sind und wir demnach über verlässliche Zahlen beraten können.

Zu den Landeszuweisungen möchte ich an dieser Stelle folgende Bemerkung machen: Der von der Landesregierung am 21. Dezember 2010 beschlossene Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 führt zu einer massiven Umverteilung von Mitteln aus dem kreisangehörigen Raum in die kreisfreien Städte. Sollte das Gesetz in der vorliegenden Fassung beschlossen werden, würden wir in diesem Jahr in Wipperfürth ca.2,0 Mio.

Euro weniger an Landeszuweisungen bekommen, als wir nach dem Berechnungsschlüssel der bisherigen Landesregierung in NRW bekommen hätten. Wenn man die Zahlen der Kreisumlage davon abrechnet verbleibt in unserem Haushalt immer noch ein negativer Saldo von ca. 1,2 Mio. Euro. Zur Verdeutlichung : diese Summe entspricht in etwa der Summe der Prioritätenliste unserer investiven Maßnahmen in Höhe von 1,46 Mio. €, die wir in der heutigen Ratssitzung zu verabschieden haben. Mit der heute zu beratenden Resolution, welche die CDU-Fraktion beantragt hat, fordern wir daher die Landesregierung auf, diesen Entwurf des GfG 2011 ff. grundlegend im Sinne der kreisangehörigen Kommunen zu überarbeiten. Zusätzlich werden alle staatlichen Ebenen aufgefordert keine weiteren Aufgaben zu Lasten der Ausgaben der Kommunen zu beschließen.

Es ist unserer Fraktion schon sehr wichtig, diese Resolution mit einer breiten Mehrheit unseres Rates zu verabschieden.

Da über die Kreisumlage des Kreises im vorangegangenen Tagespunkt 1.4.8. ausführlich diskutiert wurde, möchte ich das Thema an dieser Stelle nicht nochmals kommentieren. Ein ganz wichtiger Bestandteil des Finanzbereiches ist es Einsparmöglichkeiten zu nutzen. So beauftragen wir die Verwaltung mögliche Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen und uns im Haupt- und Finanzausschuss diese Ergebnisse regelmäßig vorzustellen. Ein Beispiel dafür, wo Einsparpotenziale sind hat die Verwaltung bereits im Jahr 2010 aufgezeigt: die Position der Versicherungen.

Hatten wir im Jahr 2009 noch 512.000,-- Euro an Versicherungen zu zahlen, so konnte bereits im Jahr 2010 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 433.000,-- Euro eine Einsparung von ca.80.000,-- Euro verzeichnet werden.

Einsparungen sollten in unseren Augen die wichtigste Aufgabe für jeden einzelnen Mitarbeiter der Verwaltung sein. Hierzu gehört vor allem ein regelmäßiges Controlling in den Fachbereichen. Wer kann nicht besser abschätzen wo Einsparpotenziale sind, als die jeweiligen Fachbereichsleiter.

Diese zu erkennen und umzusetzen sollte für jeden einzelnen eine wichtige Zielsetzung sein,

damit wir schnellstmöglich aus der prekären Situation des HSK herauskommen.

Im Bereich **Stadtentwicklung** möchte ich mit dem Surgères Platz beginnen.

Dieser gehört als ein wichtiger Bestandteil in das Handlungskonzept Innenstadt. Ein Platz der als Busbahnhof dient und morgens und mittags zum Massenetümmel unserer Schüler wird und in aller Munde ist. Tausende Schüler überqueren hier tagtäglich eine Landesstraße, die hierdurch zu einem erheblichen, fast katastrophalen Sicherheitsrisiko wird.

Bereits im Februar 1998 stellte unser Ratskollege Norbert Grüterich die erste Anfrage zur Umgestaltung, um diesen Bereich sicherer zu machen. Für den Haushalt 2008 hat die CDU erstmalig Mittel für die Planung in den Haushalt beantragt, jedoch sind neben der Stadt Wipperfürth auch noch das Land NRW und der Bund beteiligt und somit konnte diese Planung bisher noch nicht realisiert werden.

Damit wir überhaupt in der Prioritätenliste der Maßnahmen weiter nach vorne rücken und um im Verfahren weiter zu kommen, muss dieser Bereich überplant und ein konkreter Förderantrag gestellt werden. Hierzu ist eine Entwurfsplanung mit Kostenschätzung erforderlich.

Daher beantragen wir die Einstellung von 50.000,-- Euro Planungskosten in den diesjährigen Haushalt, um zu einer grundlegenden Verbesserung der verkehrstechnischen Verhältnisse zu kommen.

Zum Handlungskonzept Innenstadt gehört neben dem Umbau des Surgères Platzes allerdings auch noch vieles mehr.

In drei öffentlichen Veranstaltungen im vergangenen Jahr hat die CDU die Diskussion mit den Bürgern gesucht. Es wurden mögliche Varianten der Verkehrsführung vorgestellt, sowie über die aktuelle und zukünftige Gestaltung unserer Innenstadt diskutiert.

Dass wir mit diesen öffentlichen Veranstaltungen auf dem richtigen Weg sind zeigt die große Beteiligung an diesen Themenabenden.

Entgegen aller Gerüchte möchten wir nochmals klarstellen, dass wir keine autofreie Innenstadt haben wollen. Jedoch der enorme Durchgangsverkehr muss reduziert und auf die Nordtangente verlagert werden.

Mit der Fortführung der Nordtangente bis zum Wipperhof, die hoffentlich noch in diesem Jahr beginnen wird, haben wir die Chance den Verkehr zu leiten. Diese Chance müssen wir nutzen.

Ebenso gehört für uns die Einbeziehung des Klosterbergs in das Innenstadtkonzept dazu. Auch wenn diese Maßnahme für das Jahr 2011 noch nicht zu realisieren ist muss der Klosterberg Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes bleiben.

Die Gestaltung unserer Innenstadt ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil dieses Innenstadtkonzeptes und ich hoffe, dass wir hiermit unsere schöne Stadt noch interessanter für die Menschen machen.

Denn neben dem täglichen Geschäftsleben, haben wir durch die Maßnahmen der Regionale 2010 die große Möglichkeit, uns für Touristen zu präsentieren. Ich wiederhole mich aus dem letzten Jahr: wir, die Politik haben für Wipperfürth eine vernünftige Plattform geschaffen. Nun liegt es an den Einzelhändlern und an der Gastronomie sowie dem Hotelgewerbe, diese Möglichkeiten zu nutzen und sich für das Umland zu präsentieren. Daher sollte schnellstmöglich der eingerichtete Arbeitskreis Innenstadt zusammenkommen, damit wir diesen Faden kurzfristig aufnehmen können.

Mit der Einstellung eines Wirtschaftsförderers durch die WEG wird auch in Zukunft weiter daran gearbeitet unsere heimische Wirtschaft zu fördern. Es ist von enormer Wichtigkeit, dass wir zeitnah den nächsten Teilabschnitt des Gewerbe- und Industriegebietes Klingsiepen, nämlich

Klingsiepen III entwickeln. Wenn es der Wirtschaft wieder besser geht, und diesen Trend meinen wir zu verspüren, dann müssen wir genügend Flächen vorhalten, damit wir die Wirtschaft nicht nur an Wipperfürth binden, sondern auch neue, innovative Wirtschaftsbetriebe nach Wipperfürth holen.

Daher sollte man nicht von Sciencefiction sprechen, wenn wir bereits heute darüber nachdenken, wo ein mögliches Klingsiepen IV entstehen könnte.

Der nächste Themenkomplex meiner Rede ist der Bereich **Straßen und Entwässerung**. Dieser Bereich wird seit vielen Jahren überlagert durch das Thema Shared Services des Bauhofes.

Mit dem Kauf des Geländes an der Egener Straße wurde ein großer Schritt in diese Richtung getätigt. Nun heißt es, das Gebäude für diesen Bauhof zu planen und gemeinsam mit der Stadt Hückeswagen so zu entwickeln, dass wir weiterhin einen gut funktionierenden Bauhof mit einem motivierten Team haben werden, wie wir ihn aus den letzten Jahren kennen. Die vorgegebenen Einsparpotenziale des Gutachtens von Decker Consult sind unserer Meinung nach nicht zu erzielen, allerdings bedeutet jede Einsparung einen weiteren Schritt aus dem Nothaushalt. Ich möchte für unsere Fraktion aber auch klar zu verstehen geben, dass wir ein solches Projekt nicht um jeden Preis entwickeln werden. Und dies sage ich ganz klar vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit. Es ist daher von enormer Wichtigkeit endlich verlässliche Zahlen zu bekommen, was ein neues Bauhofsgebäude kosten wird und ob dieses dann auch so zu finanzieren ist, dass es am Ende noch sinnvoll ist.

Neben dem Winterdienst, der auch in diesem frühen und sehr starken Winter zum Jahreswechsel, wieder hervorragend funktioniert hat - daher ein großes Lob an die Mitarbeiter des Bauhofes - ist ein weiterer Schwerpunkt die Deckensanierung der Stadt- und Gemeindestraßen.

Hier haben wir als CDU bereits im vergangenen Jahr dafür Sorge getragen, dass zum Sommer die finanziellen Mittel erhöht wurden, damit die Prioritätenliste abgearbeitet werden konnte. Ohne diesen, unseren Antrag wäre im letzten Jahr bereits die Deckensanierung im Mai beendet gewesen. So haben wir auch für die heutige Verabschiedung des Haushaltes eine Aufstockung der im Haushaltsplan stehenden 160.000,- Euro um weitere 50.000,- Euro für die Behebung von Winterschäden beantragt. Diese Summe wurde uns in der Sitzung des HFA am 22.2.2011 von der Verwaltung genannt, wenn die Winterschäden durch den Bauhof ausgeführt werden. Daher sollte mit der Behebung der Winterschäden und der Umsetzung des Deckenprogramms so schnell als möglich angefangen werden.

Alle Arbeiten sollen durch den Bauhof geleistet werden. Wenn dieses nicht möglich ist, so müssen, wie im Vorjahr auch, diese Arbeiten an externe Firmen vergeben werden.

Ein Sachstandbericht mit Kostenaufstellung wird im Fachausschuss am 9.Juni 2011 erwartet, mit dem Hintergrund rechtzeitig reagieren zu können.

Ein gleichlautender Antrag wurde für die heutige Ratssitzung von den Kollegen der SPD-Fraktion gestellt. Dies zeigt uns, dass das Thema Deckenbauprogramm auch von der zweitgrößten Fraktion im Rat mitgetragen wird. Da unser Antrag im letzten Jahr einstimmig verabschiedet wurde, würden wir uns auch für heute ein einstimmiges Votum aller Ratsfraktionen wünschen. Denn hierüber sollten wir uns im Klaren sein: Wenn wir nicht regelmäßig, d.h. jährlich, in das Deckenbauprogramm investieren wird uns dieser dann aufkommende Investitionsstau sehr schnell einholen.

Neben dem Deckenbauprogramm umfasst der Bereich Straßen ein weiteres großes Arbeitsfeld, nämlich die Generalinstandsetzungen der Straßen.

Diese werden ebenfalls durch die Prioritätenliste der Wegebereisung jährlich aktualisiert und für die nächsten 5 Jahre festgelegt. Damit soll erreicht werden, dass man zum einen frühzeitig planen kann, und zum anderen, damit die Anlieger/ Anwohner frühzeitig informiert werden, wann die Maßnahmen durchgeführt werden und wann mit welchen Gebühren zu rechnen ist.

Hier ist es schon seit vielen Jahren der politische Wille, die Anwohner mindestens 2 Jahre vorher zu informieren. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass diese Zweijahresfrist des öfteren nicht eingehalten wird. So auch bei der Herstellung der Gemeindestraße in Dohrgaul. Hier wurde die Info-Veranstaltung am 27.5.2010 durchgeführt und die zu erwartenden KAG Beiträge in Höhe von 45.000,- Euro bereits für 2011 als Einnahme in der Haushaltsplanung vorgesehen. Da die 2 Jahre allerdings erst in 2012 erfüllt sind, beantragen wir, die Prioritätenliste, bzw. den Haushalt in diesem Punkt zu verändern und diese Beiträge von 2011 auf 2012 zu verschieben.

Ein weiterer, wichtiger Bestandteil einer solchen Vorinformation der Bürger ist es, die Kosten, welche auf die Anwohner zukommen, möglichst genau zu definieren. Es muss den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, sich darauf vorzubereiten, denn nicht jeder bezahlt die KAG Beiträge mal eben aus der Portokasse, hier fordert die CDU Transparenz und Kostensicherheit als oberstes Gebot!

Das man solche großen Maßnahmen nicht immer auf den letzten Cent vorplanen kann ist uns allen sicherlich klar. Von einem fachmännischen Planungsbüro können wir allerdings erwarten, dass diese Planungen genau und verlässlich sind. So mussten wir uns im Haushaltsentwurf für 2011 noch über die enorme Verteuerung der Maßnahme „Instandsetzung Hindenburgstraße“ wundern. Eine Kostensteigerung von ca. 225.000,- Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf für 2010 mit der man nicht gerechnet hatte.

Diese Maßnahme war erneut Thema in der letzten Sitzung des Bauausschuss und man konnte erfreut feststellen, dass die Baumaßnahme nun doch wieder auf dem Niveau der Zahlen aus dem Haushalt 2010 durchgeführt werden kann.

Hier stellt sich dann zusätzlich die Frage, kann man bei anderen Standards des Straßenbaus geringere Kosten erzielen. Daher beantragen wir ebenfalls, dass dem Fachausschuss in Zukunft möglichst zwei Ausbauvarianten hinsichtlich des Standards vorgestellt werden. Wir möchten uns sicherlich nicht als Tiefbauingenieure betätigen, allerdings möchten wir damit erreichen, dass die Standards in Zukunft der Finanzlage der Stadt entsprechen sollen, frei nach dem Motto: „So viel wie möglich, so wenig wie nötig“. Ebenfalls sollen die Folgekosten der verschiedenen Standards herausgearbeitet werden, um auch hier ein weiteres Kriterium zu haben, zu welchem Ausbaustandard man sich entscheidet. Auch dieses ist eine Form des Sparens, wenn man Standards kritisch bewertet und dementsprechend handelt.

Schon seit vielen Jahren wird diese Frage des Standards für den Außenbereich immer wieder diskutiert.

So wurde bei der letzt jährigen Wegebereisung neben den Winterschäden auch nach Möglichkeiten gesucht, ob man bei manchen Gemeindestraßen den Winterdienst einstellen kann oder sogar diese Straßen aus der Verkehrspflicht der Stadt zu nehmen. Sicher ist es richtig über Standards nachzudenken, jedoch bedarf es vieler Einzelfaktoren, wie diese Straßen genutzt werden: z.B. durch Schulbusse, Müllfahrzeuge, Rettungsdienste, etc. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass am Ende die Schülerbeförderungskosten steigen, da die Busse weitere Wege, bzw. Umwege fahren müssen und die Kosten einer solchen Maßnahme höher sind als die Einsparungen. Zu diesem Themenkomplex erwarten wir von der Verwaltung zunächst einmal den Kosten – Nutzen Vergleich heraus zu stellen und im Fachausschuss vor zu stellen, der dann über die weitere Vorgehensweise zu diesem Thema berät.

Eine Koppelung der Instandsetzungen an nötige Reparaturen oder Instandhaltungsmaßnahmen der Stadtentwässerung, bzw. Versorger signalisiert, dass man versucht die Belastungen gegenüber den Anwohnern und Eigentümern so gering wie möglich zu halten. Eine solche Möglichkeit der Koppelung sollte man auch für die Nutzung des städt. Fuhrparks anstreben. Hier könnte man Fahrzeuge mit mehreren Abteilungen nutzen – Car-Sharing ist hier das Zauberwort!

Im Haushalt wurde seitens der Stadtentwässerung eine Ersatzbeschaffung des ABB Fahrzeuges angemeldet. Hier beantragen wir die Überweisung zur Beratung in den Fachausschuss, ob es zwingend notwendig ist neue Fahrzeuge an zu schaffen und in welcher Ausführung.

Ich komme zum Bereich **Schule und Soziales**.

Für den Ausbau der Kindergärten/ Kindertagesstätten mit Gruppen unter 3 Jahren stehen im Haushalt 1,64 Mio. Euro für die Kita´s anderer Träger und für unseren städt. Kindergarten nochmals eine Summe in Höhe von 200.000,-- Euro. Diese Maßnahmen sehen wir als sehr wichtig an und sind froh, dass man in diesem Jahr zur Umsetzung der Maßnahmen kommt. So ist dieser Umbau bereits seit 2009 ein Thema für unseren städt. Kindergarten. Die Mittel werden gegenfinanziert über das Land und belasten unseren Haushalt lediglich mit den Personalkosten für begleitende Maßnahmen. Diese Möglichkeit kann der ev. Kindergarten jedoch nicht bieten, da man sich räumlich nicht mehr verändern kann, was hierfür zwingend notwendig ist. Daher möchte man auf dem gegenüberliegenden Grundstück einen neuen Kindergarten seitens der ev. Kirche bauen. Um die finanzielle Lücke von 190.000,-- Euro schließen zu können, wurde ein Antrag seitens des Trägers auf Bezuschussung in dieser Höhe gestellt.

Schon bei anderen Kindergärten hat sich die Stadt Wipperfürth in der Vergangenheit bei den Investitionskosten beteiligt, so z.B. bei den Kindergärten „Wirbelwind“ der Johanniter oder auch beim kath. Kindergarten auf dem Klosterberg. Die CDU-Fraktion wird daher diesem Punkt im Sinne der ev. Kirchengemeinde ausdrücklich zustimmen. Da seitens der Kommune eine Platzgarantie für die Kinder besteht, müssen wir tätig werden, da auch die umliegenden Kindergärten keine Kapazitäten mehr haben um diese Lücken schließen zu können.

Im Bereich der Schulen halten wir es für richtig weitere energetische Sanierungen durchzuführen.

Der Investitionsstau an allen Schulen ist enorm hoch und es muss in diesem Bereich jedes Jahr

das mögliche investiert werden, um diesen Stau abzubauen.

Mit 550.000,-- Euro für die Konrad-Adenauer-Hauptschule und Hermann- Voss Realschule sind wir hier auf dem richtigen Weg. Allerdings ist es auch hier wichtig diese Maßnahmen zu kontrollieren. So stößt es in unserer Fraktion schon auf Unverständnis, wenn man sieht, dass eine neue Heizungs- u. Belüftungsanlage in der Turnhalle des EvB- Gymnasiums installiert wurde, die aber bislang wohl noch nicht optimal eingestellt werden konnte, denn das Zusammenspiel von Heizung u. Lüftung reagiert nicht. Die Folge ist, dass nach kurzer Zeit Fenster und Türen geöffnet werden müssen.

Auch bei den Dachsanierungen der Realschule wurde viel Geld investiert. Diese fehlerhafte Arbeit wurde im letzten Bauausschuss vorgestellt, und ist nun unter Umständen mit enormen Folgekosten für den städt. Haushalt verbunden.

Bei solch hohen Investitionen muss eine regelmäßige Kontrolle während der Ausführung, aber auch nach Fertigstellung durchgeführt werden, um evtl. Reklamationen anzugehen oder die gewünschten Energieeinsparungen zu erzielen. Im Rahmen der Möglichkeiten, die eine Ausschreibung für Handwerkerleistungen vorschreibt, sollte die Verwaltung alle nur erdenklichen Varianten nutzen um unsere örtlichen Unternehmer und Handwerker berücksichtigen zu können. Der langfristige Effekt in Sachen Garantie, Kundendienst und Verbindlichkeit ist deutlich höher – vor allen Dingen, wenn man die in der Stadtkasse verbleibenden Gewerbesteuererinnahmen gegen rechnet.

Die enorm hohe Summe der Schülerbeförderungskosten in Höhe von 1,64 Mio. Euro ist jedes mal ein Tagesordnungspunkt im Fachausschuss. Nahezu jährlich steigt diese Summe an, von Einsparungen ist hier nie die Rede. Es ist uns allen klar, dass wir von den umliegenden Kommunen keine finanzielle Hilfe erwarten können, aber wir müssen in Zukunft auch diesen Punkt im Auge behalten. So kann es unserer Meinung nach nicht sein, dass wir einen Vertrag haben, der Steigerungen zulässt, eine Verbesserung nach unten allerdings nicht. Dies spiegelt nicht den Willen zu einer fairen Partnerschaft wieder, sondern zeigt einseitiges Gewinndenken.

Zusätzlich sollte unserer Meinung nach in einem solchen Vertrag dokumentiert sein, dass der Vertragspartner sich für die Sicherheit der Busse verpflichtet - notfalls eben mit den oben genannten Überschüssen aus diesem Vertrag.

Gerade die Diskussion im letzten Jahr über die Sicherheit der Schulbusse zeigt doch, dass in Zukunft dieser Gesichtspunkt dringend beachtet werden sollte.

Erst die öffentliche Diskussion veranlasste die OVAG dazu sich auf die Unternehmen zu verlassen, die auch sichere Busse für unsere Kinder zur Verfügung stellen.

Zum Komplex **Sport, Freizeit und Kultur** sind unserer Fraktion folgende Anmerkungen wichtig.

Im Bereich der Musikschule sehen wir einen guten Weg, den die Musikschule gemeinsam mit ihrem Förderverein beschreitet. Die vorgegebenen Zuschüsse in Höhe von 72.000,-- Euro werden eingehalten und wir dürfen den Musiklehrern, aber auch der Leitung der Musikschule für ihren enormen Einsatz danken.

Ebenso erfolgreich ist unsere Stadtbücherei, die eine wichtige Anlaufstation für Jung und Alt in unserer Stadt ist. Die stetig steigenden Ausleihen sind ein Zeichen für die qualifizierte Arbeit der Mitarbeiter der Stadtbücherei und die jüngst eingeführte Datentechnik zeigt dass unsere Bücherei für die Zukunft gut gerüstet ist.

In einem Fernsehinterview des WDR (Aktuelle Stunde vom 23.12.2010) wird unser Bürgermeister mit drei weiteren seiner Amtskollegen gezeigt. Bürgermeister von Rekowski stellt unter anderem den Bestand der Musikschule und der Stadtbücherei wegen der höheren Kreisumlage in Frage.

Hierzu möchte ich anmerken, dass wir als CDU-Fraktion hinter der Musikschule und auch hinter der Stadtbücherei stehen. Sicher müssen auch in diesen beiden Bereichen die Kosten im vorgegebenen Rahmen bleiben, allerdings sollte man nicht deren Bestand in Frage stellen.

Wir fordern den Bürgermeister auf sich an geeigneter Stelle hier klar in unserem Sinne zu positionieren.

Beim Walter Leo Schmitz – Bad sind wir nach dem erfolgreichen Umbau und der noch zu erwartenden Außensauna seit Anfang des Jahres wieder im Badebetrieb. Dass der Umbau teurer wurde als die ursprüngliche Planung haben wir im letzten Jahr zur Genüge diskutiert. Wenn die jetzt noch vorhandenen Baumängel, wie schlecht ablaufendes Wasser in den Duschen und falsches Gefälle im Boden der Gänge und Umkleidekabinen behoben sind, erwarten wir von den Mitarbeitern, dass sie unser Hallenbad ins richtige Fahrwasser bringen und hoffen dass wir in den nächsten Jahren feststellen werden, hier die richtige Investition getätigt zu haben.

Den Mitarbeitern möchte ich an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion, aber auch ganz persönlich meinen Dank dafür aussprechen, dass sie diese einjährige Umbauphase, teilweise mit zeitlich begrenzten Kündigungen, mitgetragen haben.

Neben dem Hallenbad haben wir in unserer Stadt viele weitere Sportstätten. Hierzu ist anzumerken, dass wir trotz unserer nicht zufriedenstellenden Finanzlage die Sportvereine in Kreuzberg und Agathaberg finanziell bei der Anschaffung von neuen Kunstrasenplätzen unterstützen konnten. Die enormen Eigenleistungen der ehrenamtlichen Mitglieder in den Vereinen zeigt, was durch das Ehrenamt bewegt werden kann. Wie schon in den letzten Jahren immer wieder betont, können wir stolz auf alle ehrenamtlich tätigen Mitglieder unserer Vereine und Institutionen sein. Dieses gilt nicht nur für den sportlichen Bereich, sondern damit meine ich wirklich alle Bereiche des Vereinswesens. Es stößt daher in unserer Fraktion auf völliges Unverständnis wie eine Oberfinanzdirektion aktuell die Gemeinnützigkeit der Bürgerbusvereine aberkennt. Gerade im ländlichen Bereich sind wir froh, die Bürgerbusse zu haben, um vor allem den älteren Menschen die Möglichkeit zu geben regelmäßig die Innenstadt zu besuchen. Hierzu können wir unserem Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Flosbach danken, der dieses Thema aufgegriffen hat und nun im Finanzausschuss behandelt. Es wurde zunächst einmal eine Diskussion in der Länderkammer und damit ein Aufschub erreicht.

Im Bezug auf unsere Sportstätten wird die CDU-Fraktion im Fachausschuss einen Antrag zum Sportstättenentwicklungsplan stellen. Für diesen Bereich sind Fördermöglichkeiten angekündigt, die wir im Auge halten und einfordern müssen.

Auch wenn das Konjunkturpaket II ein erster wichtiger Schritt in Richtung Sportstättenfinanzierung war, ändern sich die Bedürfnisse der Sportvereine zunehmend, denn die Nachfrage nach freizugänglichen Sporträumen und Anlagen steigen. Wir fordern die Verwaltung auf gezielte Schritte für die Sportstättenentwicklungsplanung zu gehen, Finanzierungsprogramme der NRW – Bank und des Landessportbundes zu erkunden, und die dauerhafte Transparenz der Verwendung der Sportpauschale als Teil des GfG sicher zu stellen – einen Abfluss dieser Mittel in den allgemeinen Haushalt, darf es auch temporär nicht geben – sie muss am Ende des Tages definitiv direkt oder indirekt bei den Vereinen ankommen !

Die Entwicklung des Sportes in Wipperfürth soll sich aber nicht nur im investiven Bereich zeigen,

denn der organisierte Sport ist für die Entwicklung der Stadt Wipperfürth von hoher Bedeutung, er ist ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Der Vereinssport ist ein vitales Sozialsystem mit hohem Potential im Bereich Gesundheitsvorsorge, Integration, Jugendarbeit, Generationenverständnis, Ganztage, Bevölkerungsentwicklung und unter dem Aspekt der „weichen Qualitätsmerkmale“ sogar ein Teil der Standortsicherung .

Insbesondere die Ganztagsentwicklung ist zu betrachten. Hier muss es eine koordinierte Vorgehensweise der Schulträger, der Schulen und der öffentlichen und freien Träger der Kinder,- und Jugendhilfe sowie den Vereinen geben, denn bei der sportbezogenen Gestaltung der Ganztagsangebote kommt dem organisierten Sport eine besondere Rolle zu, an deren Ende die Vereine nicht die Verlierer sein dürfen, sondern die Chance haben müssen, ihren Nachwuchs dort abzuholen, wo ein Großteil ihres Lebens spielt – nämlich in Kindergarten und Schule. Den immer größer werdenden Aufgaben und Abwälzungen auf die Sportvereine muss die Stadt Wipperfürth eine anständige Konzeption entgegenstellen. Nicht zuletzt erreicht man damit systematische Prävention im Bereich gesunder Lebensstile, mehr Lebensqualität bis ins hohe Alter und damit zufriedene Bürgerinnen und Bürger in ihren Vereinen.

Das Leitmotiv, welches wir als CDU – Fraktion tragen heißt : „Mit dem Ehrenamt und nicht am Ehrenamt sparen !

Ähnliche Ansprüche stellen wir auch an den Umgang mit Kultur und Kunst in unserer Stadt.

Ein großer Teil von Kultur findet nun seit mehreren Jahren in der Alten Drahtzieherei statt. Große, überwiegend ausverkaufte Veranstaltungen zeigen, wie sehr wir eine solche Veranstaltungshalle benötigen. Die Stiftung mit ihren ehrenamtlichen Helfern hat aus einer Ruine ein Schmuckstück der Stadt gemacht. Trotz aller Diskussionen stehen wir als CDU-Fraktion hinter der Stiftung und erkennen an, dass man trotz des finanziellen Gegenwindes auf dem richtigen Weg ist. Auch wir verlangen von der Stiftung, aber auch von der GmbH, dass die finanzielle Situation in den nächsten Jahren in die positive Richtung gelenkt wird. Aber man sollte Ihnen die Möglichkeit geben dies zu schaffen. Durch sehr viele Gespräche mit der Kämmerei und der Bezirksregierung hat die Bürgerstiftung und die GmbH die richtige Richtung eingeschlagen.

Kultur, und die wird durch die Drahtzieherei in einer großen Vielfalt angeboten, gibt es allerdings nicht zum Nulltarif!!

Mit dem Bau des Rad/Gehweges auf der alten Bahntrasse, sowie dem teilweisen Ausbau der Wupperstraße haben wir eine Plattform hergestellt, auf die nun aufgebaut werden

muss. Dieses ist nun letztlich die Aufgabe, die nur von der Drahtzieherei geleistet werden kann und muss. Wenn es der Drahtzieherei gelingt weiterhin erfolgreiche Veranstaltungen durchzuführen so können davon alle Gastronomiebetriebe profitieren. Es war in der Vergangenheit oft genug zu sehen, dass vor und nach Veranstaltungen in der Alten Drahtzieherei die Gaststätten um den Marktplatz sehr gut besucht waren.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir für die Zukunft ein hohes Potenzial an Touristen in Wipperfürth erleben werden. Dieses sollte von allen gemeinsam, ESW, Hotelgewerbe, Gastronomie, abzurufen sein. Um diesen zu erwartenden Tourismus zu fördern und zu koordinieren, sollte die Verwaltung die Bedeutung der Stelle eines Tourismusbeauftragten als sehr wichtig ansehen und diese Stelle nicht vernachlässigen.

Auch im Hinblick auf den NRW Tag 2013 in Hückeswagen ist eine solche Stelle von besonderer Bedeutung.

Wenn wir den Zahlen Glauben schenken sollen, die uns auf der Infoveranstaltung mit Hückeswagen genannt wurden dann können wir als Stadt Wipperfürth hiervon ebenfalls profitieren.

Wir sollten uns jedoch nur in einem Rahmen bewegen, den wir mit unseren finanziellen Möglichkeiten auch stemmen können. Hierzu sind natürlich alle gefragt, neben dem ESW auch die vielen Vereine und Gruppierungen. Zunächst sollte aber erst einmal klar sein, wie das Sicherheitskonzept für dieses Wochenende aussieht. Ebenfalls ist die Frage nach der Infrastruktur zu klären: wie sehen die Möglichkeiten des ÖPNV mit den beiden Bahnhöfen in RS-Lennep und in Marienheide aus.? Wie kann eine mögliche Verkehrsführung an einem solchen Wochenende aussehen? Diese Fragen und viele mehr sind zunächst zu klären, bevor man die nächsten Schritte unternimmt.

Wenn ich von Vereinen und Gruppierungen spreche, so möchte ich an dieser Stelle kurz das Problem der Sponsoren ansprechen. Umliegende Firmen werden immer mehr um Sponsoring für die verschiedensten Projekte gebeten, da die Kassen leer sind. Unsere Vereine und hier vordergründig das Ehrenamt ist ebenfalls auf diese Sponsoren angewiesen. Da man aber „den Euro nur einmal ausgeben kann“ befürchten viele Vereine, in Zukunft weniger Sponsorengelder der Firmen zu bekommen. Die Vereine und das Ehrenamt sind diejenigen, um die uns unsere umliegenden Kommunen, vor allem aber auch die größeren Städte im Umland, beneiden. Wir müssen alles dafür tun, diese zu unterstützen. In Sonntagsreden nur zu sagen, wie stolz man auf die Vereine und das Ehrenamt ist, und montags die Spendenbüchsen einsammeln ist unangemessen.

Daher erwarten wir von der Verwaltung, ihre Möglichkeiten den Vereinen und Freiwilligenorganisationen zur Verfügung zu stellen, wie es in der Vergangenheit immer erfolgreich praktiziert worden ist.

Es gibt noch sehr viele Themen die ich gerne in meiner Rede angesprochen hätte, allerdings habe ich versucht die Themen anzusprechen, die uns kurzfristig begleiten werden. Bei aller finanziellen Knappheit sollten wir jedoch nicht den Kopf in den Sand stecken. Stillstand ist immer ein Rückschritt, daher müssen wir an unsere Zukunft denken und diese auch versuchen zu gestalten.

Wir als Politik können nur die Rahmenbedingungen schaffen. Mit Leben erfüllen können es nur Sie, unsere Bürgerinnen und Bürger. Fordern Sie uns - und wir hoffen das der Weg den wir beschreiten der richtige ist und von Ihnen allen mitgegangen wird. Das, was wir, die Mitglieder der CDU – Fraktion im Rat dieser Stadt dazu beitragen können werden wir intensiv, sachorientiert und mit dem nötigen Herzblut tun!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2011

SPD Fraktion

Frank Mederlet

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn meiner Rede will ich mich zunächst bei den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in unserer Stadt bedanken, die durch ihren unermüdlichen Einsatz im sportlichen, musischen, sozialen, kirchlichen oder kulturellen Bereich die Garanten für die Vielfalt der Angebote für die Menschen sind. Ihr Einsatz ist der Kitt des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserer Stadt. Sie geben dem Miteinander die Wärme. Und letztlich ist ihr Einsatz auch fiskalisch betrachtet ein Mehrwert, der sich aber im Haushalt insofern gar nicht sichtbar niederschlägt, weil das Ehrenamt ja kein Vermögen im kaufmännischen Sinne darstellt.

Und somit auch nicht in Euro und Cent ausgewiesen ist, welche großartige Leistungen sich hinter dem Ehrenamt verbergen. Um so wichtiger ist es, wenn auch weiterhin Sponsoren das Ehrenamt und seine Aktivitäten unterstützen.

Kommen wir zu den sichtbaren Zahlen. Ohne Zweifel die Finanzsituation der Stadt Wipperfürth ist äußerst angespannt.

Für 2010 wurde ein Defizit von 14 Mio Euro prognostiziert, am Ende werden es knapp 11,5 Mio Euro sein. Für den aktuellen Haushalt 2011 wird mit einem Fehlbedarf von rund 5,5 bis 6 Mio Euro gerechnet.

Der Trend zeigt nach oben. Wir sind vermeintlich ein klein wenig freier in unserem Handeln geworden - die Prioritätenliste ist nicht mehr ganz so zwingend prioritär zu beschließen. Die Daumenschrauben des Nothaushaltsrechts müssen allerdings verhindert werden.

Aber tatsächlich sind wir weit entfernt von einem ausgeglichenen Haushalt.

- Weit entfernt von einem Haushalt, der das hohe Gut der grundgesetzlich fixierten kommunalen Selbstverwaltung auch tatsächlich ermöglicht
- von einem Haushalt der Rat und Verwaltung freier entscheiden lässt – in der Sache und in der Personalbewirtschaftung

Allerdings - eine Gemeindefreundlichere Entscheidung des oberbergischen Kreistages in seiner jüngsten Sitzung zur Höhe der Kreisumlage hätten wir sehr begrüßt, denn der oberbergische Kreistag hätte dazu beigetragen können seinen Städten und Gemeinden mehr Handlungsspielraum einzuräumen, wenn er die machbare Kreisumlage bei 43 Punkten festgesetzt hätte. Für Wipperfürth hätte dies weniger Ausgaben im sechsstelligen Bereich bedeutet.

Die Kommunale Familie muss da parteiübergreifend zusammen halten:

Deshalb ist die Solidarität zu Nümbrecht und der möglichen Klage gegen den Kreis ebenso wichtig wie die Resolution zur kommunalen Finanzsituation. GFG ein schwieriges Thema – Kriterien, aber auch Verbundmasse (von Rot/grün deutlich gesteigert gegenüber CDU/FDP), Land gegen Stadt ausspielen alleine ist auch nicht zielführend.

Wir empfehlen hier die weiter reichende Version der SPD Fraktion an das Land NRW und an den Bund.

Klar ist in jedem Fall, da sind sich nahezu alle Parteien einig – Ohne eine massive Entlastung der Städte und Gemeinden durch den Bund - insbesondere bei den Sozialkosten - werden früher oder später alle Städte und Gemeinden handlungsunfähig werden.

Lassen Sie mich nun ein paar konkrete Themen der Wipperfürther Politik ansprechen, die wir aus Sicht der SPD für besonders wichtig halten:

I. Ich will anfangen mit dem Thema – **Personalpolitik** -

Keine Frage, bei der personellen Ausstattung der Verwaltung ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Der Dank gilt allen Beschäftigten für ihren Einsatz; besonders der Kämmerei bei der Begleitung der Haushaltsberatung und auch dem Bauhof für wieder einmal ausgezeichnete Arbeit im harten Winter.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Umstände zur beantragten HFA-Sondersitzung am 1. Februar durch die SPD Fraktion zurückkommen.

Es bestand etwas die Sorge, dass zum einen der Rat abgehängt wird von den Informationen und Entwicklungen im Personalbereich und zum anderen die Sorge um den qualifizierten Fortbestand des Bereichs Bauen und Planen und somit DIE wesentliche Stellenschraube bei zentralen Fragen und Themen der Wipperfürther Stadtentwicklung.

Es ging von Anfang um das Miteinander von Rat mit unserer Verwaltung – um die Stärkung unseres Bürgermeisters und unserer Verwaltung, auch gegenüber der Kommunaufsicht. Die Sitzung und die Debatte im Ausschuss war dieserhalb richtig und hilfreich. Eines war, ist und bleibt aber auch klar. Wir wollen einen starken Fachbereich 2. Wir sind froh, dass es zu Stellennachbesetzungen gekommen ist. Logischerweise können Berufsanfänger nicht von jetzt auf gleich jahrzehntelange Erfahrung ersetzen. Das braucht seine Zeit.

Wir von der SPD Fraktion gehen im übrigen dabei aber auch davon aus, dass dies ohne stellvertretende Amtsleitung nicht geht und hierauf nicht verzichtet werden kann. Hierüber wird noch in 2011 zu sprechen sein wie es der PersonalAusschuß auch einstimmig beschlossen hat.

Und Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, bei der Frage um das Bemühen der Aufrechterhaltung eines arbeitsfähigen FB 2 geht es nicht darum diesen Fachbereich in Konkurrenz zu den anderen beiden Fachbereichen zu sehen.

Vielmehr Herr Bürgermeister und an Sie Herr Trompeter als der Stellvertreter im Amt und die anderen Fachbereichsleiter gerichtet, appelliere ich eindringlich an die Verwaltungsspitze - sorgen Sie dafür, dass das manchmal wahrgenommene und gefühlte Nebenein-

ander und mitunter Gegeneinander von Technik und Nicht-Technik im Rathaus ein Ende hat.

Es gibt keinen besseren oder wichtigeren Fachbereich als den anderen. Die Finanzleute brauchen die Planer und umgekehrt. Sand im Getriebe schadet allen.

Es gilt der Genossenschaftsgedanke : Einigkeit macht stark – Dies gilt nach innen wie auch nach außen. Ziehen Sie alle an einem Strang in dieselbe Richtung. Das ist effektiver, effizienter und erfolgreicher.

Und wenn ich schon gerade dabei bin über Personal und Personalbewirtschaftung zu sprechen, will ich noch zwei Aspekte angehen.

1. Ich bedanke mich bei der Verwaltung zu der Vorlage zu TOP 1.8.3 Thema **Personalbedarfskonzeption** zur Bearbeitung des einstimmig beschlossenen Antrags der SPD Fraktion vom 22. Februar. Das Projekt ist nun auf einem guten Weg. Die kurzfristige Nachbesetzung von Stellen ist die eine Sache. Sie ist selbstverständlich und nahezu Tagesgeschäft.

„Die Verwaltung intensiver unter die Lupe nehmen“, ist dabei nicht so zu verstehen , dass wir meinen, dass sie dann automatisch größer werde. Vielmehr ist die langfristige und strategische Herangehensweise mehr als das Leben von der Hand in den Mund. Es geht um strategische Planung, um Zielsetzungen, um Aufgabenwahrnehmung – aktuelle mittelfristig und langfristig.

Was soll mit welchen Mitarbeitern geleistet werden? Der Projektentwurf der Verwaltung mit dem Beginn einer Bestandsaufnahme ist ein guter Aufschlag. Die Politik muss letztlich entscheiden und die Verwaltung qualifizierte Entscheidungsgrundlagen erarbeiten. es wird ein spannender Prozess werden.

2. Den Anträgen von UWG und Grünen zum **Finanzcontrolling** stimmen wir zu. Ehrlich gesagt hatte ich diesen Aufgabenbereich des Controlling, auch als Dienstleistung für die Entscheidungsträger, bisher als Selbstverständlichkeit im Zuge von NKF und Neuer Steuerung verstanden. Nun gut, soll dem noch einmal intensiver nachgegangen werden.
Die Kostenkontrolle muss gewiss besser werden – und auch das Thema der Folgekosten von Projekten intensiver beleuchtet werden.
Kostenexplosionen müssen vermieden werden – Kostenschätzungen müssen für Rat, Verwaltung und die Bürgerschaft, besonders wenn es sich um KAG Maßnahmen handelt, verlässlich sein.

II Stadtentwicklung/ IHK/ Regionale/Wasserquintett/ Wifö

Beim Thema Stadtentwicklung wird die Erarbeitung des **Integrierten Handlungskonzeptes** und der **Prozeß der Beteiligung** von Politik, Ratgebern und der Bevölkerung von zentraler Herausforderung sein.

Es geht um weitaus mehr als die Möblierung des städtischen Wohnzimmers. Leerstandsmanagement, Steigerung der Einkaufs-, Wohn- und Aufenthaltsqualität, Minimierung des unnötigen Durchgangsverkehrs, Stärkung der Einkaufsstadt Wipperfürth, die Stadt behinderten – und altersgerechter machen. Dies alles und noch viel mehr steckt

hinter dem Integr. Handlungskonzept. Die SPD hat hierzu schon detaillierte Diskussionsvorschläge und Ideen eingebracht.

Eines muss jedoch von Anfang an klar sein – Gibt es am Ende von Beratungen und Diskussionen Entscheidungen, dann müssen die auch zeitnah umgesetzt werden – Das Parkleitsystem wurde 2006 beschlossen und nichts passierte. Es dient so immerhin als Musterbeispiel dafür, wie man es nicht macht.

Im übrigen sei gesagt: Die SPD steht zur Weiterentwicklung des Komplexes Klosterberg, auch in 2012 – und auch gehört für uns zu Fragen der Verkehrslenkung und – Sicherheit Innenstadt der Surgeres Platz. Planungsmittel in den HH einzustellen wie es die CDU vorschlägt, ist folgerichtig. Allerdings, nichts Neues, sind wir uns darin seit Jahren schon einig.

Ich freue mich, dass es gelungen ist Herrn Dr. Molitor als neutralen und anerkannten Fachmann von Prozesssteuerung für die Moderation des Projektes gewonnen zu haben.

Eng verbunden mit der Stärkung des Standortes Wipperfürth sind auch die Maßnahmen und Projekte unter der Überschrift **Regionale 2010 und Wassergintett**.

Darauf kann die Stadt stolz sein was hier auf die Beine gestellt wurde – Herrn Barthel, Frau Stöling und anderen gebührt großer Dank für das Engagement, weit über das dienstliche hinaus.

Landschaftsbalkone, Wanderparkplatz, die Radtrasse bald von Marienheide bis Bergisch Born, die Renaturierung der Wupper, die anstehende Infobeschilderung, die Umgestaltung der Ohler Wiesen mit der **Basisstation** (das wird eine große Bereicherung in unserer Stadt werden – es wird ein Angebot für die gesamte Stadt sein und eben nicht nur für den VfR)

Dies alles sind Maßnahmen die den Standort Wipperfürth stärken. Es kommt darauf an diese Chancen zu nutzen

– für die Stärkung der Identifizierung mit unserer Stadt und der Region und ihren Reizen, aber auch

- um mit Tagestourismus (f Radfahrer und Wanderer) als Wirtschaftsfaktor Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in Wipperfürth zu stärken. Zu allgemeinen Fragen der Wifö verweise ich auf die SPD HH Rede 1995 ff

III Interkommunale Zusammenarbeit / shared service

Das Wassergintett ist ein Beispiel dafür wie es gelungen ist erfolgreich über den Tellerand zu schauen.

Ein anderes Thema ist die **Interkommunale Zusammenarbeit von Verwaltungen**. Da ist ja schon etwas auf den Weg gebracht worden – zB Forderungsmanagement und Regionale Immobilienwirtschaft.

Wir bitten darum, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres dem Haupt- und Finanzausschuss über erste Erfahrungen berichtet. Das ist auch ein controlling, damit Rat und Verwaltung wissen, was läuft gut, was läuft schlecht und wo muss nachjustiert werden.

Grundsätzlich befürwortet die SPD Fraktion die Interkommunale Zusammenarbeit. Wenn Ressourcen sinnvoll eingespart und die Dienstleistung für die Bürger mindestens gleich bleibt, ist nichts dagegen einzuwenden mit anderen zusammen zu arbeiten. Der Euphorie des ehemaligen Bürgermeisters und des Vorgängers von Herrn Scherkenbach zum prognostizierten Einsparpotential aufgrund professoralen Kaffesatzlesens, auch teuer bezahltes Gutachten, genannt, standen wir immer skeptisch gegenüber. Bisher gibt es vor allem einen Gewinner - Decker consult. Wenn am Ende eine schwarze Null steht, ist immerhin etwas erreicht worden. Erwartungen, damit tatsächliche Haushaltskonsolidierung betreiben zu können, waren von Anfang an auf Sand gebaut.

Für die SPD-Fraktion ist klar – Einen **gemeinsamen Bauhof mit Hückeswagen** kann es geben, aber nicht um jeden Preis. Einen neuen Bauhof wird es geben (müssen) – bei Voss stehen wir im Wort, was den Verkauf von Fläche zur Standortsicherung Voss angeht – Wir müssen weiter analysieren und recherchieren, Entscheidungsrundlagen und Informationen zusammen tragen. Viele Fragen warten noch auf Antworten. Hierzu gehört zB auch – Welche Aufgaben soll der Bauhof in Zukunft mit welchem Personal erledigen?

Ein anderes Thema ist die Frage der **Zusammenarbeit mit Hückeswagen im Bereich Straßenverkehrsamt und Bauaufsicht**. Schon in meiner Rede 2010 habe ich dazu gesagt: „Nicht um jeden Preis“ und ich ergänze: „Nicht zu jedem Zeitpunkt“ Wir haben die Zeit auch bis nach dem NRW Tag 2013 in Hückeswagen zu warten. Uns drängt nichts und wir lassen uns auch nicht drängen – weder in der Frage der Amtsausstattung noch in der Frage der Amtsleitung. Wipperfürth ist Baugenehmigungsbehörde und wir bleiben das auch. Und daher gibt es keinen Grund die Hückeswagener Probleme zu den unseren zu machen.

Da kann Hückeswagen noch so oft tagen. Die Wipperf Politik hat jedenfalls noch keine Rahmenbedingungen beschlossen, daher ist schon befremdlich, dass in Hückeswagen vermeindlich abgestimmte Rahmenbedingungen geistern.

Nicht zuletzt die Auftritte des Hückeswagener BM zu Karneval und zur Vorstellung des NRW Tag in Wipperfürth waren keine vertrauensbildenden Maßnahmen.

Unter dem Aspekt der Zusammenarbeit müssen wir aber auch das Thema **Gemeinsames Jugendamt** mit Dritten auf der Agenda haben und genau beobachten, was sich in Engelskirchen/Lindlar tut.

IV Infrastruktur / Gebäude Straßen Beleuchtung

Zur guten Infrastruktur unserer flächengroßen Stadt gehören auch die **Straßen**. Wir haben auf der Grundlage unserer Anfrage vorgeschlagen, dass sicher gestellt wird, dass die veranschlagten Mittel von 160.000.- Euro um 50.000 Euro aufgestockt werden, um die Reparatur der schlimmsten Winterschäden durch den Bauhof erfolgt. Für die SPD Fraktion hat somit Bestandsicherung vor Erneuerung Vorrang. Das Thema ist im Bauausschuß bestens aufgehoben.

Das Thema **„Sanierungsbedarf Städtische Gebäude“** ein einstimmiger Ratsbeschluss auf Vorschlag der SPD Fraktion zum Haushalt 2010 ist für uns noch nicht erledigt durch die Zusammenlegung des Gebäudemanagements mit Hückeswagen. Wir von der SPD erwarten schon nach über einem Jahr, dass das Thema (Bausubstanz aber auch Energieeffizienz etc) nicht aus den Augen verloren wird und sich der

Bauausschuß Herr Kollege Schnepfer, nach qualifizierter Vorlage durch die Verwaltung dem Thema annimmt. Ich verweise hier noch einmal auf den Ratsbeschluss vom 9. März 2010!!!!

Ansonsten bitte ich um Unterstützung für unseren **Antrag zum Thema Erneuerung der Straßenbeleuchtung.** Unter Energie und Umweltaspekten ist das gewiss zu begrüßen wenn Leuchten ausgetauscht werden. Bevor aber über 1 Mio Euro ausgegeben werden, schlagen wir vor, dass das Gesamtkonzept im Bauausschuß vorgestellt wird. Es muss schon vorher klar sein, wie verhält sich das Vorhaben mit dem Straßenbeleuchtungsvertrag mit der BEW und wann sollen wo, welche Leuchten ausgetauscht werden. Der Rat muss vor! Umsetzung der Maßnahme wissen, was Sache ist.

V Schule/Bildung/Familien/Kultur

im Zuge des Demografischen Wandels ist nicht zuletzt die Frage der Familienfreundlichkeit einer Stadt von immer größerer Wichtigkeit für die Attraktivität hier zu leben.

Die weichen Standortfaktoren sind es, die maßgeblich über den Verbleib oder den Zuzug in eine Stadt entscheiden.

Wipperfürth hat hier viel zu bieten. Aber wir dürfen nicht locker lassen. Familienfreundlichkeit ein Leuchtturm f Wipperfürth.

Schulen und Kindertageseinrichtungen in guter baulicher und pädagogischer Qualität sind Standortfaktoren, die es Familien leichter machen sich für Wipperfürth zu entscheiden. In unseren Schulen wird ausgezeichnete Arbeit geleistet – Schritt für Schritt werden die Angebote, auch Mittagsangebote, bei Ganzbetrieb, ausgeweitet. Die **OGS Angebote** sind nahezu ausgebucht. Das ist gut und wir müssen zeitnah prüfen, ob es für eine Ausweitung Bedarf gibt.

Im **Schulzentrum Mühlenberg** sollen in 2011 und 2012 nahezu 1 Mio Euro investiert werden. Wir bitten um nähere Informationen im SchulAusschuss.

Ebenso ist es gut das Konzept „smart boards“ in und für die Schulen näher kennen zu lernen. Was ist langfristig geplant, wie soll der support laufen usw.

Die SPD Fraktion begrüßt außerordentlich die Bereitschaft der evangelischen Kirchengemeinde mit dem **Neubau der Kindertagesstätte Sonnenkäfer**. Da ist der Zuzusschuss der Stadt gut angelegtes Geld, weil eben auch das U3 Angebot zeitgemäß dem Bedarf angepasst wird und Wipperfürth attraktiver macht.

Es bleibt auch dabei, dass die Entscheidung in Wipperfürth ein **eigenes Jugendamt** zu haben, richtig war. Ob Streetworker, Begrüßungspaket für Neugeborene, Jugendzentrum oder Tagesmütter und –väterangebot – das Jugendamt vor Ort ist flexibler, näher dran und passgenauer in den Maßnahmen.

Ich erwähnte zu Beginn meiner Rede die unersetzliche ehreamtliche Arbeit in den Vereinen – Auch diese Angebote zählen zu den „weichen Standortfaktoren“, die die Attraktivität unserer Stadt ausmachen.

Die SPD Fraktion bezweifelt auch nicht, dass die **Alte Drahtzieherei** ein Pluspunkt und eine Bereicherung für unsere Stadt ist. Wir bekennen uns zu dieser Einrichtung. Allerdings gefällt uns weniger das Krisenmanagement. Da wurde über einen langen Zeitraum jegliche Brisanz und jegliche Zahlungsschwierigkeit hartnäckig ignoriert.

Die Verantwortlichen von GmbH und Stiftung müssen wissen, dass der Rat sich nicht an der Nase herum führen lässt. Insbesondere die Geschäftsführung hat in erheblichem Maße den Kredit an Vertrauen aufs Spiel gesetzt. Im letzten Jahr 250 Teuro, in diesem Jahr 195 Teuro Verlustabdeckung, das kann, das darf und das wird nicht so bleiben.

Wir alle tragen Verantwortung auch gegenüber anderen ehrenamtlichen Einrichtungen.

Die SPD hat einen dezidierten Antrag eingebracht und wir hoffen auf Zustimmung der anderen Fraktionen, weil uns die Problemlösung alle angeht.

VI Schluss:

Ich komme zum Schluss. Auch in 2011 gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen zu bearbeiten und zu bewältigen. Es bleibt spannend und interessant. Rat und Verwaltung sind gut beraten auch weiterhin Seite an Seite miteinander zum Wohl der Stadt zu arbeiten.

Was die Informationspolitik der Verwaltung angeht, sehr geehrter Herr Bürgermeister, will ich das ehrliche Bemühen sehr wohl anerkennen. Aber es gibt noch unerschlossene Potentiale einer noch besseren; transparenten und schnelleren Kommunikation zwischen Rat und Verwaltung, die es zu erschließen gilt.

Im Rat selbst ist das gute Arbeitsklima zu bewahren – Die Fraktionen untereinander und miteinander –

Vom Wettbewerb um die besten und kreativsten Ideen zum Wohl unserer Stadt zwischen den Fraktionen profitieren letztlich alle. Meine Fraktion stellt sich gerne diesem Wettbewerb.

Ich verweise im übrigen auf unsere Anträge – alle geeignet eine breite Zustimmung zu erfahren.

Es muss am Ende dann nicht das Schlechteste sein, wenn wir nach Diskussionen und Meinungsbildung zusammen als Wipperfürther im Sinne einer „Wipperfürther Fraktion“ für die Zukunft unserer Stadt an einem Strang in dieselbe Richtung ziehen.

oder wie sagte einmal John F. Kennedy:

**„Wenn wir uns uneinig sind, gibt es wenig, was wir tun können.
Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht tun können.“**

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen weiterhin beste Zusammenarbeit.

Rede zum Haushalt 2011 der UWG Wipperfürth

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Wer bestimmt die Politik in Wipperfürth?

Diese Fragestellung kann uns zu jeder Zeit und bei jeder Entscheidung, die wir in Wipperfürth treffen, gestellt werden.

Werden wir von Zahlen getrieben, durch Entscheidungen der höheren Instanzen, durch Wunschkonzerte der Lobbyisten, durch Sachzwänge die die Natur uns auferlegt, oder sind es wir die politischen Gremien?

Nun die Antwort fällt schwer und die Abwägung wie wir entscheiden, ist oftmals durch die Umstände um uns herum geprägt. So ist auch der HS 2011 geprägt durch die marode Haushaltslage.

Angesichts der steigenden Kostenlast und der fehlenden Einnahmen, ist eine Konsolidierung unseres Haushaltes in weite Ferne gerückt.

Finanztechnische Kunstgriffe, wie Abschreibungen, Minderung der Rücklagen, Verzehr von Anlagenvermögen, bis hin zu Veräußerungen von Immobilien haben irgendwann ein Ende.

So wird auch das Bestreben, Kosten zu vermeiden, Maßnahmen zur Kostensenkung, immer ein Spagat mit dem Machbaren sein.

Der Haushalt ist im Wesentlichen von den Fortschreibungen der Aufgaben aus dem Vorjahr bestimmt.

Gewiss, die Projekte der Regionale 2010 haben ein großes Kostenvolumen, und nicht jede Stilblüte in diesem Konzert muss einem gefallen. Doch ist der Gesamtkontext eine Chance die Stadt Wipperfürth weiter zu entwickeln.

Leider vermissen wir hier den Willen, angesichts der Finanzen, das ein oder andere Kleinprojekt nochmals auf den Prüfstand zu legen. Allzu oft wird uns von der Verwaltung suggeriert, ja wir haben doch einen Förderantrag gestellt und den gilt es umzusetzen.

Man beachte, jedes Fördergeld, ist auch ein Euro aus meiner Tasche und der kommenden Generation.

Oder glauben Sie die Fördermittel lägen beim Land nur so da? Auch dort ist Schulden machen Mode geworden.

Im Haushalt 2011 sind somit einige Investmaßnahmen, die halt im Spannungsfeld des Machbaren und Finanzierbaren zu bewerten sind.

So sind die Maßnahmen im Bereich der Jugendpflege und der Schulen immer in Abwägung zu dem Gedanken:

Investiere in die kommende Generation und das Geld ist gut angelegt!

Wir stehen somit zur Jugendarbeit der Stadt Wipperfürth, zur ständigen Verbesserung der Schulen und der Ausbildungsprogramme.

Zur Verbesserung der Kinderbetreuung in den KIGA`s.

Wir unterstützen das Vorhaben der Einrichtung „Sonnenkäfer“, ist es doch ein Beitrag zur Kinderbetreuung, zur besseren Vorbereitung auf die Schulzeit, bis hin zur Integration von verschiedenen Nationalitäten.

Ein wohlgemeintes Vorhaben zur besseren Schulausstattung sollte aber immer unter dem Gesichtspunkt das Wünschenswerte von dem Notwendigen zu trennen, geschehen.

Nehmen wir das Beispiel der Erweiterung der GS Wipperfeld, hier glauben wir, ist die Mehrheit des Rates über das Ziel hinaus geschossen. Wurde doch aus optischen Gründen, ein Mehrbetrag von 40T€ einfach verbrannt.

Geschweige, dass in dieser Entscheidungsfindung ein Ratsbeschluss aus dem Jahr 2010 nicht korrekt umgesetzt wurde.

Aber das kennen wir auch aus alter Zeit.

Wir stehen auch für die Verbesserung der Ausstattung von Schulen, trägt es doch bei, den Standort Wipperfürth für junge Familien attraktiv zu halten. So ist die zusätzliche Einführung von Smart-Boards gut und richtig, jedoch hätten wir eine fachliche Beratung im entsprechenden Ausschuss für besser gehalten. Hier sollte das Thema im Ausschuss aufgenommen werden, um entsprechende Erfahrungen von Schulen kennen zu lernen.

Ein großes Investvolumen der Vergangenheit war das WLS-Bad, ein Thema was uns in 2010 oft berührte.

Es ist erstaunlich, dass die Planzahlen in diesem Budget keine wesentliche Kostenverbesserung ausweist, waren hier doch erhebliche Kosteneinsparungen in der Position Betriebskosten angekündigt.

Hier sind wir dann gespannt auf das Betriebsergebnis 2011, denn die lassen erstmalig einen definitiven Vergleich zu.

Es ist nur zu hoffen, dass die Vertragswerke, wie Versicherung, Energielieferungsvertrag und Materialbeschaffungskontrakte, der neuen Situation angepasst wurden.

Der Stadtkämmerer wird wissen was ich meine.

Das Haushaltsjahr 2011 wird auch von dem Projekt Bauhof bestimmt . Auch hier sind nach unserer Meinung noch einige Punkte nicht bis zu Ende diskutiert.

Nehmen wir den aktuellen Anlass, das Salzlager für den Winterdienst.

Oder die sich immer weiterentwickelnden Zahlen die zur Errichtung eines neuen Bauhof`s bekannt werden. Hier sind noch einige Aufgaben zu leisten, um mit gutem Gewissen, die Umsetzung zu starten.

Auch ist das Thema der Kosteneinsparung für uns noch lange nicht zu Ende, sind die Einspareffekte im Wesentlichen auf die Personalplanung abgelegt und wir haben in diesem Winter erfahren, dass auch hier uns Grenzen gesetzt sind.

Wir glauben, das Thema wird noch spannend.

Eine weitere Herausforderung der Zukunft wird unsere Straßenbeleuchtung sein.

Nicht das wir durch die EU-Regeln zum Handeln gezwungen werden, nein auch der Kostendruck wird uns hier zwingen konzeptionell zu handeln.

Wir alle werden erstmals neue Techniken auf unserem Rad-Gehweg erleben. Aber die sog. LED-Technik ist nicht das alleinige Lösungselement. Rechtsverordnungen werden uns die eine oder andere Lösung aufzwingen. Hier wird es wichtig sein im Jahr 2011 ein Konzept zur Sanierung der Straßenleuchten zu erarbeiten.

Und ob dies in Kooperation mit Fachfirmen geschieht, ob Kontraktpartnerlösungen gestaltet werden, all dies wird uns im Fachausschuss noch beschäftigen.

Eine Investition habe ich noch nicht genannt, das ist das Budget der Straßenunterhaltung. Eine Pflichtaufgabe die uns immer mehr Probleme bereitet. Hier zeigt die Erfahrung der Vergangenheit, dass neue Wege eingeschlagen werden müssen. Der Umfang an Reparaturen, lässt sich nicht nur aus eigenen Mitarbeitern gestalten.

Hier ist mehr der Manager gefragt, das Organisieren der Fremddienstleister. Die Fachbereichsleitung ist zwingend gefordert hier ein Programm zu erstellen, wie sie diese Notwendigkeiten leisten wollen. Eins ist jetzt schon zu erkennen, das Geld reicht hier nicht aus, um den Umfang an Schäden des Winters zu beheben.

Das Haushaltsbuch 2011 geht von Planzahlen aus, die ausgeschöpft, unterschritten, oder aber auch überschritten werden könnten.

Bei Überschreitungen von budgetierten Kosten ist allerdings gegen zu wirken. In der Wirtschaft geschieht dies durch ein funktionierendes Controlling. Auch hier ist die Verwaltung gefordert, dies im Rahmen von Finanzcontrolling zu verbessern. Wir werden oftmals nur mit den Fakten betraut, doch die Geschäftsprozesse bleiben verborgen und eine Korrektur der Ausgaben nicht möglich.

Eins ist jedoch erkennbar, das Zeitalter, indem wir noch große Gestaltungsmöglichkeiten hatten ist vorbei.

Einige Städte gehen im Rahmen ihrer Konsolidierung her, und verabschieden nur noch Investitionen, die keinen Mehraufwand in der Unterhaltung auslösen.

Vielleicht wäre dies auch ein Leitfaden für unsere künftigen Entscheidungen.

Denn wenn wir nicht anfangen die Wunschkonzerte einzustellen, dann gehen nicht nur die Lichter in der Nacht aus.

Wir die UWG Wipperfürth wünschen uns allen eine konstruktive, vorbehaltlose, offene Diskussion der Zukunft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche gute Beratungen.

Fraktionsvorsitzender der UWG

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates und sehr geehrte Bürgerschaft,

Dankbarkeit ist ein hohes Gut. Zumal in schlechten Zeiten. Wir erleben zur Zeit einen Aufschwung im klassischen Sinne: Viele behalten oder erhalten einen Arbeitsplatz, viele verdienen sehr gutes Geld mit oft sehr guter Arbeit, die in unserem Land geleistet wird. Aber leider ist nicht nur bei einer beträchtlichen Zahl der Menschen in Deutschland wenig von diesem Aufschwung tatsächlich angekommen sondern auch bei der absoluten Mehrheit der Städte und Gemeinden, besonders hier in NRW. Auch die öffentlichen Hände sind Teil einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft. Wer würde das bestreiten? Die Lage nahezu auf allen Ebenen des Staates ist allgemein mehr als nur besorgniserregend. Nicht zuletzt die Mitarbeiter werden stark gefordert. Auch hier in Wipperfürth. - Deshalb lassen Sie mich schon an dieser Stelle danken den Frauen und Männern in Wipperfürth, die vieles trotzdem möglich machen. Neben der Vielzahl der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger sind das nicht zuletzt eben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die trotz deutlichem Stellenabbau ihre Arbeit gut leisten. Ich bedanke mich auch für die sehr gute und kooperative Zusammenarbeit mit der Verwaltungsspitze und unserem Bürgermeister, der offensichtlich die „Einarbeitungsphase“ hinter sich gelassen hat und an vielen Stellen, ganz im Sinne des „Ersten Bürgers“ einer Stadt, zusammengeführt und Lösungen an einigen Stellen erarbeiten konnte. Vielen Dank für Ihr Engagement. Dankbarkeit empfinde ich auch für die Zeit, die ich mit dem verehrten Kollegen Wolfgang Eicker verbringen konnte. Er bleibt für mich in guter Erinnerung: Ein sehr menschlicher, geradliniger und engagierter Wipperfürther.

Einmal im Jahr dürfen wir hier auch Bilanz ziehen, was von den gesteckten Zielen erreicht worden ist und woran noch zu arbeiten sein wird. Wir Grüne in Wipperfürth haben regelmäßig neuen Zulauf in Sachen engagierter BürgerInnen und das Interesse an Politik ist wieder größer geworden. Diese stärkere Bürgerbeteiligung, auch bei den anstehenden Herausforderungen, war zur Kommunalwahl eines unserer wesentlichen Ziele. Also sind wir hier ein Stück vorangekommen. Wir wollten Wipperfürth zudem lebenswerter machen und damit ist vor allem der Innenstadtbereich gemeint, der u.E. nicht auf der Höhe unserer Zeit ist und noch weiter weg liegt von dem, was z. B. in Anbetracht einer älter werdenden Gesellschaft zu entwickeln sein wird. Hier erwarten wir einen klar strukturierten Prozess, der deutlich die Ziele herausarbeitet und dann erst verschiedene Handlungsalternativen diskutieren lässt. Die Fehler, die an vielen Stellen in Deutschland in Sachen Stadtentwicklung gelaufen sind, sollten wir hier in Wipperfürth vermeiden. Ein professionell ablaufender Prozess erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Akzeptanz der Beschlüsse und Ergebnisse gegeben sein wird. Drittens haben wir vor der Wahl gefordert, dass Wipperfürth innovativer gestaltet werden sollte. Hierbei bildet die von uns Grünen seit langem politisch geforderte Energiewende für Wipperfürth den Kern. Wenn die BEW in Wipperfürth sich auf den Weg dorthin machen will, dann gehen Grüne diesen Weg mit. Wir sollten sichere, ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich vernünftige Energie zur Verfügung stellen, bei der die Wertschöpfung nicht bei wenigen Aktionären hängen bleibt, sondern direkt hier in der Region. Eine eigene Energieproduktion bietet erhebliche Effizienzsteigerungen und neue Arbeit in und für unsere Heimat. Stillstand und das Beharren auf überkommene Techniken führen zu immensen Folgekosten. Auch politisch, wie es schwarz und gelb zur Zeit erle-

ben können. Wenn wir also richtig rechnen, dann kann ein innovatives Wipperfürth nach vorne kommen.

Überhaupt, liebe WipperfürtherInnen. Richtig rechnen. Das begreifen viele Menschen anhand des Beispiels der Kernenergie erst jetzt: Wer diese Dinosauriertechnologie als „billig“ bezeichnet, kann wohl kaum als wirtschaftskompetent bezeichnet werden. Denn bekanntlich werden nahezu sämtliche Folgekosten, besonders die Endlagerung der über eine unglaubliche lange Zeit zu sichernden radioaktiven Abfälle sozialisiert. D.h., diese Kosten trägt der Steuerzahler. Die Gewinne freilich landen dort wo immer schon zu viel Geld war. Viel zu lange hat die Politik dafür gesorgt, dass das sogar als „ökonomische Vernunft“ bezeichnet wurde. Heute, im März 2011, sind wir schlauer. So die Hoffnung. Dabei regt man sich gerne über die EEG-Umlage für die alternativen Energieformen auf, denn diese werden tatsächlich recht präzise ausgewiesen. Liebe MitbürgerInnen, tatsächlich bekommen wir hierfür aber auch etwas. Nämlich eine echte Perspektive für eine langfristig verantwortbare und sicher auch durch Größendegressionen in der Herstellung der Anlagen mehr und mehr preisgünstigen Form der Energiegewinnung. Warum gibt es eine solche Umlage eigentlich nicht auch für Kernkraft? Antwort: Weil sie kein vernünftiger Mensch verantworten und erst recht nicht bezahlen kann und will.

Nachrechnen sollten wir jedoch auch, wenn es um unsere Städte und Gemeinden geht. Offensichtlich gibt es auch hier einen großen Teil der Politiker, der lange nicht mehr nachgerechnet hat. Denn warum schaffen es die großen, oder sollte man sagen einigermaßen großen, Volksparteien seit Jahren nicht, die föderalen Finanzbeziehungen auf tragfähige Füße zu stellen. Immerhin haben sie seit Jahrzehnten die Macht dazu. Wie bei der Kernkraft wissen alle, dass es so nicht funktioniert und die Frustration bei den Bürgerinnen und Bürgern zunimmt. Keiner blickt selbst auf kommunaler Ebene richtig durch bzw. zieht die vollkommen falschen und verhängnisvollen Schlüsse. Ich komme gleich nochmal dazu.

Eine den Namen verdienende Föderalismusreform hat offensichtlich keine Priorität für die selbsternannte Kommunalpartei CDU und ihre nun seit sechs Jahren regierende Bundeskanzlerin!? Die Lasten für Kommunen werden weiter ausgeweitet. Die Finanzierung wird systematisch verschlechtert statt verbessert. Die Luft zum Atmen fehlt zunehmend. Die Soziallasten steigen, obwohl in der Regel die Entscheidungen in Berlin und in den Ländern getroffen werden. Letztes schlechtes Beispiel: das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung. Welch schönes, Illusionen stiftendes, Wort. Es soll dem ahnungslosen Bürger suggerieren, dass man als Bundesregierung noch wesentlich Einfluss auf Konjunktur und Entwicklung hat. Ganz sicher ist jedoch, wenn man mal nachrechnet: Wegfallende Einkommenssteuereinnahmen betreffen die Kommunen unmittelbar. Denn diese Steuerart ist eine wesentliche Einnahmequelle auch für uns in Wipperfürth. Im Bund wird die Reduzierung entschieden. Gegenfinanzieren müssen es letztendlich die Städte und Gemeinden alleine. Wohlgemerkt, es ist in der Zwischenzeit keine Aufgabe weggefallen. Im Gegenteil. Und, ist Ihnen auch schon aufgefallen? Die Folgen der stärksten Wirtschafts- und Finanzkatastrophe sind bis heute in ihren Ursachen nicht bewältigt. Die nächste Blase baut sich bereits wieder auf. Die Folgen sind bekannt...

Als Grüner habe ich hier an dieser Stelle vor gut einem Jahr zugesagt, dass ich mich nach dem Regierungswechsel in NRW nicht anders engagieren würde als bei Schwarz-Gelb. Denn auch die aktuelle Regierung begeht den Fehler, in guter Absicht strukturell etwas zu verändern, jedoch dabei andere zusätzlich zu belasten. Die Rede ist vom Gemeindefinanzierungsgesetz. Sicher, diese Neuregelung war schon unter Schwarz-Gelb gefordert. Diese wurde jedoch schlicht ausgesessen, weil man wusste, dass jede Änderung in den fest-

gefahrenen Strukturen zu einem Aufschrei an irgendeiner Stelle führen würde. Die Stadt Wipperfürth wird tatsächlich unter dem Strich mit gut einer Millionen Euro belastet. Einnahmen fallen weg. Zwar hat Rot-Grün andererseits in Düsseldorf ein Sofortprogramm für notleidende Kommunen beschlossen. Wohlgermerkt schuldenfinanziert, doch kommt zu wenig hier an. Die Lasten, die bei uns z.B. durch das Kinderbildungsgesetz entstanden waren (eine „Leistung“ von CDU/FDP in Düsseldorf erdacht) sind hier vor Ort über Schulen finanziert worden. Jetzt werden diese Schulden richtigerweise dem Besteller dieser Sozialleistung in Rechnung gestellt. Richtig. Insgesamt gestehe ich gerne ein, dass der Wille zur Konsolidierung des Landeshaushalts bei Rot-Grün für mich zu schwach ausfällt. Bei den dort anstehenden Haushaltsberatungen sollten zusätzliche Steuereinnahmen zur Schuldentilgung genutzt werden. Keine Frage. Investieren müssen wir aber auch. Und damit bin ich immerhin schon in Oberberg angekommen.

Freuen Sie sich nicht zu früh, liebe Kollegen von CDU und den Liberalen. Im Kreis ist das Desaster noch greifbarer. Zumal man dort viel näher an den Kommunen dran sein sollte. Was tut der Kreis? Er erhöht kräftig die Kreisumlage, die die Kommunen zur Finanzierung des nahezu mittellosen Kreises zahlen müssen. Das ist Föderalismus 2011 in Deutschland. Da stellt sich die Frage: Was tut der Kreis, immerhin mit der CDU/FDP-Wirtschaftskompetenz ausgestattet, um das zu erreichen was man von Rot-Grün im Land auch erwartet? Richtig. Wenig bis gar nichts. Sparanstrengungen? Fehlanzeige. Wirtschaftsförderung wie zu Großvaters Zeiten mit viel Getöse und noch mehr neu geschaffenen Leitungsstellen in der Verwaltung. Sie haben richtig gehört. Der Personalaufbau findet mal wieder oben statt. Während der kleine Beamte in die Röhre schaut. Es ist deshalb vollkommen richtig, dass die oberbergischen Kommunen gegen diese Machenschaften klagen. Aber es ist auch ein Armutszeugnis für das föderale Staatsverständnis in Deutschland. Wenn man mal nachrechnen würde...

Die nächste und im Sinne der eigenen Verantwortung wichtigste Frage lautet jedoch: Wie rechnen wir hier in Wipperfürth eigentlich? Sind wir da besser als Bund, Land und Kreis? Oder sind die richtigen Verweise auf die Fehlentwicklungen dort nur ein Ablenkungsmanöver von den eigenen Verfehlungen?

In der laufenden Haushaltsführung, so kann man aus grüner Sicht sagen, halten wir die Regeln des sparsamen, richtigen und am Wohl der Menschen orientierten Wirtschaftens in der Regel ein. Wenn man auch den Eindruck gewinnen kann, dass in den Haushaltsansätzen immer schon ein gewisses Maß an „Luft“ enthalten sein dürfte. Das hat die einige Zeit verhängte Haushaltssperre gezeigt. Die Arbeiten sind trotz der Einsparungen weiterhin gut erbracht worden. Beschwerden kommen in der Regel in den „klassischen Bereichen“ Straßeninstandhaltung oder Winterdienst. Aus diesem Grunde stellt meine Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung aktiv Einsparziele formulieren sollte, ohne dass Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten. Die Bereiche, die unmittelbar den Boden für zukünftige Entwicklung legen, wie Bildung, Betreuung oder auch Jugendhilfe sollten aus unserer Sicht ausgeklammert bleiben. Bei den Köpfen sollte man nicht sparen. Bei Beton aber durchaus, so er denn keinen wirklichen Zusatznutzen stiftet. Hier wünsche ich uns weniger Begeisterung für Hoch- und Tiefbau. Stattdessen mehr direkten Bezug auf die uns anvertrauten Menschen.

Zum laufenden Controlling der Finanzen und der Prozesse ist die Verwaltung auch in die Lage zu versetzen, dies tun zu können. Hier haben wir seit längerem schon eine massive Unterbesetzung im Personalbereich der Kämmerei, die nicht nur ärgerlich, sondern auch dumm ist. Niemand würde beim Autofahren das Steuer aus der Hand geben, statt dessen

aber die Breitreifen aufziehen und das Fahrzeug tiefer legen. Sicheres und zügiges Fahren ist vor allem vom Fahrer abhängig. So ist es auch in der Verwaltung. Welchen Sinn hat es, wenn man ständig die Infrastruktur ausweitet, jedoch die Steuerung, und nichts anderes ist unter „Controlling“ zu verstehen, vernachlässigt? Deshalb liegt auch hier ein Antrag der grünen Fraktion vor, hier Abhilfe zu schaffen.

Zwei weitere Anträge zum Haushalt 2011 unsererseits verfolgen ein Ziel, welches schon für die meisten Privatleute vollkommen selbstverständlich ist und deshalb erst recht auch eine Verpflichtung für uns Kommunalpolitiker sein sollte. Wenn wir investive Entscheidungen, also langfristig wirkende Entscheidungen, treffen, legen wir auf viele Jahre fest, wie sich die Haushaltssituation unserer Stadt verändert. Deshalb haben wir uns doch im Grundsatz für einen gemeinsamen Bauhof (übrigens aus Beton) entschieden. Hiermit wollen wir die laufenden Betriebskosten für beide beteiligten Kommunen reduzieren, um damit die strukturelle Haushaltsschiefelage zu reduzieren. Insofern eine verantwortbare Investition. Aber Vorsicht! Dabei kann es nicht egal sein, wie hoch die Investitionssumme ist, denn die Alte Drahtzieherei hat gezeigt, dass die Abschreibungen und die Zinslast uns bzw. die GmbH und die Stiftung eben sehr lange belasten. Wir haben die vernünftige kaufmännische Rechnungslegung eingeführt und halten uns auch daran.

Wenn wir, wie zu hoffen ist, unsere Innenstadt durch eine Vielzahl von Maßnahmen zukunftsfest machen werden, dann wird sich dies auch bei einer Nachkalkulation in vielen Jahren als wichtige und richtige Investition erweisen. Da bin ich mir ganz sicher. Und wenn wir hierfür z.B. Städtebaufördergelder erhalten sollten, dann ist dies verantwortbar, obwohl wir einen Teil dann selber als Eigenanteil werden finanzieren müssen. Verhängnisvoll ist es jedoch, wenn man zuerst die Fördergelder sieht und dann erst die Frage stellt, wie es sich auf die strukturelle Haushaltssituation auswirken wird. Wir Grüne haben diesen Eindruck bei der geplanten Entwicklung des Klosterbergs. Dass eine solche Perspektive wünschenswert ist, ist keine Frage. Denn das uns vorgelegte Konzept mit Berg, Stadt und Fluss macht Sinn. Wenn unsere Finanzlage eine bessere wäre, würden wir Grüne sofort zustimmen und über 200.000 € eigene städtische Mittel bereitstellen, um auch Fördergelder damit abrufen zu können. Aus unserer Sicht ist jedoch klar, dass die konkreten Auswirkungen auf den Haushalt zunächst ausschließlich negativ sein müssen. Wir werden diese eigenen Mittel mit Schulden finanzieren müssen und möglicherweise noch zusätzlich die eigenen laufenden Betriebskosten erhöhen müssen, so dass die Finanzwirkung eindeutig kurz- und mittelfristig negativ ist. Das kann man faktisch nicht bezweifeln. Deshalb beantragen wir die Verschiebung dieses Projektes solange, bis sich die Einnahmesituation der Stadt wieder stabilisiert hat. Trotz Aufschwung kann hiervon eben noch keine Rede sein. Ich bitte Sie um Unterstützung für diese Maßnahme. Ein weiteres Argument ist auch die personelle Situation. Wir können uns nicht ernsthaft über eine Personalunterdeckung aufregen und gleichzeitig keine Aufgabenkritik vornehmen. Diese Aufgabenkritik ist Aufgabe gerade der Politik, weniger der Verwaltung. Wir hatten im Zuge der Konjunkturpakete die richtige Einsicht: Wer Fördergelder abrufen sollte, sollte auch die Finanzierung des Eigenanteils seriös darstellen können. Das haben wir durch Investitionen in die Sanierung der Gebäudesubstanz hervorragend geschafft.

Meine Damen und Herren, die großen und wichtigen Projekte sind für die nächsten Jahre klar definiert: Den Standort Innenstadt auf die Höhe der Zeit bringen unter intensiver Beteiligung aller Interessierten und Engagierten, die Projekte um die Ohler Wiesen abschließen und nachjustieren, falls notwendig, und die interkommunale Zusammenarbeit entschlossen weiterführen. Aber immer unter der Maxime, dass wir vorher richtig rechnen. Danke für die Aufmerksamkeit!

Andreas Schmitz

Josef W. Schnepfer, FDP-Fraktion
Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2011 der Stadt Wipperfürth am 29. März 2011.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,

ich kann mich weitgehend den Aussagen meiner Fraktionsvorsitzenden-Kollegen anschließen. Als FDP-Fraktion werden wir heute fast allen Beschlussvorschlägen der Tagesordnung zustimmen. Erlauben Sie, dass ich einige davon kurz kommentiere:

1. Das Straßennetz, besonders in den Außenbereichen der Stadt, ist nach dem harten Winter in teilweise dramatisch schlechtem Zustand. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir unterstützen deshalb die von der CDU und SPD beantragte Erhöhung des Budgets für das Deckensanierungsprogramm. Die weiteren Investitionsmaßnahmen wie Generalinstandsetzungen von Gemeindestraßen, Kanälen, Brücken, Straßenbeleuchtung sollen erst nach Diskussion mehrerer Varianten in den Fachausschüssen restriktiv genehmigt werden. Damit erreichen wir kostenoptimale Lösungen.

2. Das beantragte Betriebs- und Finanzierungskonzept für die Alte Drahtzieherei haben wir im vergangenen Jahr seitens der FDP schon mehrfach gefordert. Wir freuen uns, dass SPD und UWG den Ball aufgegriffen haben. Wir werden die heutigen Beschlussanträge natürlich unterstützen.

3. UWG und Grüne beantragen eine Verbesserung des Finanz- und Prozesscontrollings innerhalb der Verwaltung und eine personelle Verstärkung für diesen Bereich. Die FDP hält das für sinnvoll, denn es können sicher noch einige strukturelle Kostensenkungs-Potentiale aufgedeckt werden. Mit dem Prozesscontrolling sollten allerdings unabhängige externe Berater – mit klar definierter Zielsetzung und begrenztem Zeitrahmen betraut werden. Wir schlagen vor, den Beschluss entsprechend zu ergänzen.

4. Alle Fraktionen schlagen Kostensenkungen bzw. Sperren für diverse Haushaltspositionen vor. CDU und Grüne wollen die Verwaltung generell beauftragen, weitere Einsparpotentiale aufzuzeigen. Wir werden diesen Anträgen zustimmen, wenn auch Skepsis angebracht ist hinsichtlich der tatsächlich realisierbaren Einsparmöglichkeiten, zumal konkrete Anhaltspunkte in den Vorlagen fehlen.

5. Unterschiedlicher Meinung sind wir zum Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen, bezüglich einer Verschiebung des Projekts Klosterberg. Wir sind der Ansicht, dass dieses Projekt als Teil des integrierten Handlungskonzepts zur Aufwertung der Innenstadt beiträgt. Es sollte jetzt planerisch zügig vorangebracht werden. Die Real-

sierung des Projekts setzt natürlich voraus, dass die Fördermittel (mindestens 70 %) von der Bezirksregierung zugesagt werden. Um einen Förderantrag stellen zu können, muss aber zunächst von der Verwaltung eine Grobplanung vorgelegt werden. Mit dem Beginn der Arbeiten wird dann sowieso erst ab 2014 zu rechnen sein. Fangen wir heute an, um morgen Ergebnisse vorweisen zu können!

Eine persönliche Anmerkung zu diesen Punkten: Der weitgehende Konsens bei den Anträgen zeigt, dass die Zusammenarbeit der Fraktionen in der aktuellen Amtsperiode des Rates recht gut funktioniert. Es gelingt uns zunehmend, uns bereits im Vorfeld von Ausschuss- und Ratssitzungen miteinander abzustimmen und damit langwierige und kontroverse Diskussionen im Rat zu vermeiden. Das ist in der Tat ein Novum in der Lokalpolitik gegenüber früheren Zeiten, als eine Partei die absolute Mehrheit im Wipperfürther Stadtparlament hatte. Die veränderte Parteienstruktur fördert die Kooperation der Fraktionen. Es wird deutlich, dass alle in unserem Rat vertretenen Parteien eines erreichen wollen: Zufriedene Bürger in einer attraktiven und lebenswerten Stadt. Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen, wie einzelne Ziele erreicht werden können. Ein möglichst breiter, von Bürgern, Politik und Verwaltung mitgetragener Konsens kann nur dienlich sein. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Die FDP hat für die heutige Haushaltssitzung bewusst darauf verzichtet, noch weitere Anträge für Haushaltssperren einzubringen. Man kann natürlich den Haushaltsplan in allen Detailpositionen durchgehen und hier und dort weitere Kürzungen, Sperren und Diskussionen in den Ausschüssen vorschlagen. Große Einsparmöglichkeiten wird man aber nicht mehr finden. Die prekäre Finanzsituation der Stadt und das uns von der Bezirksregierung abverlangte Haushaltssicherungskonzept haben bereits dazu geführt, dass die Verwaltung Einsparpotentiale weitgehend ausgeschöpft hat. Mit der sog. Prioritätenliste zwingt uns die Kommunalaufsicht zudem, alle Investitionsvorhaben auf den Prüfstand zu stellen.

Weitere Kostenreduzierungen bei den freiwilligen Leistungen sind nicht mehr möglich, wenn es nicht zu sehr einschneidenden Einschränkungen der Leistungsstandards (z.B. Bauhof, Sport- und Kulturförderung) kommen soll. Bei den Pflichtleistungen wären sicher hier und da Einsparungen möglich und sinnvoll – diese sind uns jedoch durch entsprechende Bundes- und Landesgesetze in engen Grenzen vorgegeben, ohne dass die Kommune dafür vom Gesetzgeber ausreichend kompensiert wird, wie es das Konnexitätsprinzip eigentlich verlangt. Wir unterstützen daher die vorgeschlagene Resolution zum Thema Kommunalfinanzen.

Es wird deutlich, dass wir beim Sparen, so notwendig es in der gegenwärtigen Situation auch ist, an Grenzen stoßen. Was ist also zu tun angesichts der desolaten Finanzsituation der Kommune Wipperfürth? Seitens der FDP schlagen wir vor, das Augenmerk einmal mehr auf die Einnahmenseite des städtischen Haushalts zu richten. Die wesentlichen Einnahmequellen der Stadt sind: Die Gewerbesteuer, der Gemeindeanteil an der Einkommen- und der Umsatzsteuer, die Grundsteuern, sonstige Steuern und Gebühren sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes.

Sicherlich würde es auf wenig Begeisterung stoßen, wenn die Stadt die Hebesätze für die kommunalen Steuern (Gewerbesteuern, Grundsteuern A und B) und die Gebühren für städtische Dienstleistungen drastisch erhöhen würde. Man kann aber

dahin wirken, die Zahl unserer aktiven steuerzahlenden Bürger und Betriebe zu erhöhen. Das ist unser Vorschlag! Lassen Sie uns zielgerichtet darauf hin arbeiten, für die Ansiedlung neuer Unternehmen zu werben, damit neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, junge aktive Familien nach Wipperfürth zu holen.

Was würde ein mittelständisches Unternehmen von der Größe der Stadt Wipperfürth mit rund 40 Mio Euro Umsatz und 160 Beschäftigten tun, wenn es merkt, dass sein Umsatz stagniert, die Kosten trotz strikter Kontrolle weiter steigen? Wenn der Unternehmer sieht, dass er jedes Jahr Verluste einfährt und er sich ausrechnen kann, wann sein Eigenkapital aufgezehrt ist und er Insolvenz anmelden muss? Er wird bald einsehen, dass er dringend etwas unternehmen muss, dass er aktiv handeln muss. Er wird sich auf seine Stärken besinnen, auf sein Know-how und auf seinen guten Namen. Er wird sein Produktpalette überprüfen, seine Produkte an die veränderten Marktbedingungen anpassen, neue Produkte vorrangig vermarkten. Er wird dafür seine besten Leute einsetzen und sein Werbebudget erhöhen. Kurzum: Er wird in die Zukunft investieren.

Sie werden einwenden: Die Stadt ist kein Privatunternehmen. Natürlich. Aber manches könnten wir als Kommune vom Privatsektor lernen. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!

Wir meinen, Wipperfürth muss sich als attraktiver Wirtschaftsstandort vermarkten. Über die Region hinaus. Unsere Stadt hat Einiges zu bieten: Die wunderschöne Lage im Naturpark Bergisches Land, das historische und familiäre Kleinstadtambiente, die gute kommunale Infrastruktur, ein breites Schul-, Sport- und Kulturangebot, hohen Freizeitwert, und - nicht zu vergessen – ein moderates Kostenniveau.

Wipperfürth verfügt über gut erschlossene Gewerbeflächen, günstige Gewerbeimmobilien und Geschäftslokale und nicht zuletzt über ein breites Angebot an qualifizierten und motivierten Arbeitskräften.

Diese Faktoren sind gerade für junge Unternehmer wichtige Entscheidungskriterien bei ihrer Standortwahl. Unsere weiträumige ländliche Kommune eignet sich besonders für die Ansiedlung von Dienstleistern, Handel, Tourismus aber auch für kleine und mittlere Industriebetriebe, insbesondere im Bereich neue Technologien.

Wipperfürth hat heute eine relativ gut diversifizierte Gewerbestruktur. Diese konzentriert sich aber im Wesentlichen auf die klassischen Bereiche Metall- und Elektroindustrie, Kunststoffverarbeitung und Landwirtschaft. Neue und zukunftsorientierte Branchen wie

- Kommunikationstechnik
- Mikroelektronik
- Neue Werkstoffe, Nanotechnologie
- Biotechnologie
- Medizintechnik
- Neue Medien
- Werbedienstleistungen

sind kaum oder gar nicht präsent. Aber gerade dies sind die Wachstumsbranchen mit Zukunft! Sie passen sehr gut in unseren Raum. Der immer wieder gehörte Ein-

wand, Wipperfürth habe eine schlechte Verkehrsanbindung, ist für diese Branchen nicht entscheidend. Für sie ist ein funktionierendes Datennetz wichtiger als ein naher Autobahnanschluss. Daher hat die FDP den DSL-Ausbau auch maßgeblich unterstützt.

Die Stadt Wipperfürth betreibt ihre Wirtschaftsförderung bisher im Wesentlichen nur als Bestandspflege und Networking für die hier schon ansässigen Unternehmen. Aktivitäten wie Wirtschaftsforum, WIP-Treff, Wirtschaftsmesse und ESW werden zum großen Teil von den Unternehmen selbst organisiert. Sie reichen nicht aus. Die Aufgabe, neue zukunftssichere Arbeitsplätze in Wipperfürth zu schaffen, kommt eindeutig zu kurz.

Leider sieht auch die Kommunalaufsicht die Wirtschaftsförderung nur als „freiwillige Leistung“. Sie verkennt damit nach unserer Meinung völlig die Bedeutung einer aktiven städtischen Wirtschaftsförderung. Wirtschaftsförderung heißt nicht Subventionierung von Firmen. Sie bedeutet, seitens der Kommune optimale Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, damit sich Unternehmen hier wohlfühlen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sich junge Familien bei uns ansiedeln. Dies ist auch der beste Weg zu einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung - und zu einem nachhaltigen Ausgleich des städtischen Haushalts.

Die FDP-Fraktion fordert und setzt sich vehement dafür ein, die Stadt Wipperfürth als modernen zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort überregional bekannt zu machen. Das ist mit der bisherigen Budget- und Personalausstattung der Stadt nicht zu leisten. Wir legen deshalb in der heutigen Sitzung einen Antrag vor, mit dem die Verwaltung aufgefordert wird, Vorschläge zu erarbeiten, wie zusätzliche Ressourcen für diese wichtige Zukunftsaufgabe bereitgestellt werden können. Bei der Ideenfindung wollen wir gerne behilflich sein. Unternehmerische Erfahrung ist in den Reihen der FDP vorhanden. Ich hoffe auf die Unterstützung aller Fraktionen und der Verwaltung zum Wohle unserer Stadt.

Wie heißt doch der neue Slogan von Wipperfürth? „Leben am Puls der Zeit“. Lassen Sie uns nach diesem Motto handeln!

1.5.2 Investitionsprioritätenliste 2011

Vorlage: V/2011/678/1

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte „Prioritätenliste“ über die im Gesamtfinananzplan 2011 veranschlagten Investitionen einschließlich notwendiger Ermächtigungsübertragungen aus 2010 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anlage im Sinne dieses Beschlusses ist die per Tischvorlage bzw. die zu den Fraktionssitzungen vorgelegte aktualisierte Aufstellung, die den Ratsmitgliedern am Montag vor der Sitzung auch per Email zugesandt worden war und die am Tage nach der Sitzung zusätzlich auch als Anlage innerhalb des Bürger- bzw. Ratsinformationssystems neu eingestellt wurde.

1.5.3 XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth

Vorlage: V/2011/668

Beschluss:

Die XXVI. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsermittlung für das Haushaltsjahr 2011 werden in der beiliegenden Fassung mit Wirkung vom 01. Januar 2011 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

XXVI. Änderungssatzung
zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)
vom __.__.2011

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2010 (GV. NRW S. 688), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG NRW) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. S. 390) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein- Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 394), hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am 29.03.2011 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Wipperfürth (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 27.03.1980 in der Fassung der XXV. Änderungssatzung vom 17.12.2009 wird wie folgt geändert:

1. § 5 Absatz 5, Sätze 1 und 2, (Gebührenmaßstab und Gebührensatz) erhalten folgende Fassung:

„Bei einer bedarfsmäßigen, mindestens aber 14-tägigen Reinigung beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Abs. 1-4) jährlich **1,15 €.**

Für die Winterwartung wird zusätzlich eine Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Abs. 1-4) von jährlich **2,85 €**
erhoben.“

2. Das Straßenverzeichnis, das gemäß § 2 Abs. 1 letzter Satz Bestandteil der Satzung ist, wird wie folgt geändert:

Straßenverzeichnis gemäß § 2 Abs. 1 der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth

Straßenverzeichnis Wipperfürth	Reinigungspflichtige innerhalb der geschlossenen Ortslagen		
	Reinigung der Gehwege soweit vorhanden (Sommerreinigung und Winterdienst)	Fahrbahnreinigung Sommer	Fahrbahnreinigung Winterdienst
Holte außer Haus-Nrn. 3, 3A und 4	Anlieger	Anlieger	Stadt
Holte 3, 3A u 4	Anlieger	Anlieger	Anlieger
Lenneper Straße (Bundesstr. bis Haus-Nr. 65)	Anlieger	Stadt	Stadt
Lenneper Straße (Haus-Nr. 9, 11, 15) -Stichweg am Parkplatz-	Anlieger	Anlieger	Stadt
Meddenbick	Anlieger	Anlieger	Stadt
Ursulinenstraße	Anlieger	Anlieger	Stadt

Artikel II

Diese XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth tritt rückwirkend am 01.01.2011 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende XXVI. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen der Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wipperfürth vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den __.__.2011

(Michael von Rekowski)
- Bürgermeister -

1.5.4 II. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth

Vorlage: V/2011/685

Beschluss:

Die II. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth wird in der beiliegenden Fassung rückwirkend zum 01.01.2011 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

StVD **Wollnik** teilt mit, dass gegenüber der Beschlussvorlage noch folgende redaktionelle Änderungen mit beschlossen werden:

In Artikel 1 lautet das erstgenannte Datum nicht 28.06.2008, sondern 24.06.2008, unter 7.) lautet die zu ändernde Vorschrift statt § 6 Abs. 1 richtigerweise § 6 Abs. 1 Satz 1.

**II. Änderungssatzung
zur Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen
für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern
in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth
vom __.__.2011**

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 und des § 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 in den bei Erlass dieser Satzung gültigen Fassungen sowie § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – SGB VIII – vom 25. Oktober 2007 hat der Rat der Stadt Wipperfürth in seiner Sitzung am 29.03.2011 die nachstehende II. Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth vom 24.06.2008 in der Fassung der I. Änderungssatzung vom 19.12.2008 wird wie folgt geändert:

- 1.) § 3 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Ohne Angaben zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Elternbeitrag der jeweiligen Stufe zu zahlen.

- 2.) § 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften ist nicht hinzuzurechnen. Das Elterngeld gemäß Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu einer Höhe von 300,00 € pro Monat anrechnungsfrei.

- 3.) § 3 Abs. 5 Satz 5 wird wie folgt geändert und Satz 6 hinzugefügt:

Leben in einer Haushaltsgemeinschaft drei und mehr Kinder, sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen.

- 4.) § 3 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

Maßgebend für die Bemessung der Beitragshöhe ist das Einkommen des lfd. Kalenderjahres. Im Rahmen der erstmaligen Ermittlung dieses Einkommens oder im Rahmen einer zu aktualisierenden Berechnung aufgrund von Änderungen in den persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen sind die prognostizierten Einkünfte für das gesamte laufende Jahr zu berücksichtigen. Sollte die Ermittlung des Einkommens des laufenden Kalenderjahres nicht möglich sein, ist zunächst auf das Einkommen des Kalendervorjahres zurückzugreifen. Änderungen der Einkommensverhältnisse sind unverzüglich anzugeben. Nach Abschluss eines Kalenderjahres ist für die endgültige Beitragsfestsetzung das tatsächlich erzielte Einkommen anzurechnen. Der sich danach ergebende höhere oder niedrigere Elternbeitrag ist grundsätzlich zum 01.01. des maßgeblichen Kalenderjahres festzusetzen.

- 5.) § 3 Abs. 7

entfällt

6.) § 5 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

Änderungen des Elternbeitrages durch einen Wechsel der Beitragsgruppe von Kindern unter 2 Jahren in eine andere Gruppe werden ab dem 1. des Monats wirksam, in dem das Kind das 2. Lebensjahr vollendet.

a. § 6 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Der Beitrag für den Besuch des Kindes einer Tageseinrichtung ist zum 1. eines jeden Monats im Voraus zu zahlen.

Artikel 2

Diese II. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung der Stadt Wipperfürth über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege im Stadtgebiet Wipperfürth wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wipperfürth, den

(Michael von Rekowski)
Bürgermeister

1.6 **Anfragen** - entfällt -

1.7 **Anträge** - entfällt -

1.8 **Mitteilungen**

1.8.1 **Erledigungsstand Haushaltsbeschlüsse 2010**

Vorlage: M/2011/789

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, der unter k) aufgeführte Ratsbeschluss zum Sanierungsbedarf städtischer Gebäude sei aus seiner Sicht keinesfalls schon erledigt.

Zum unter i) aufgeführten Beschluss „Verdreckung der Innenstadt“ möchte er wissen, wieso die Verwaltung hier keinen Handlungsbedarf sieht. Nach Weiberfastnacht und Rosenmontag seien erhebliche Verschmutzungen festzustellen. Insbesondere darüber sollte ein Erfahrungsbericht erfolgen. Die SPD-Fraktion halte auch diesen Beschluss für unerledigt.

1.8.2 **Sachstand Tierheim Wipperfürth**

Vorlage: M/2011/781

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung nimmt der Rat zur Kenntnis. Ratsherr **Mederlet** erklärt, der am Sitzungstag erschienene BLZ-Artikel habe eine für ihn unverständliche reißerische Überschrift. Die Drohung der Kündigung bestehender Verträge sei schon „starker Tobak“. Er habe jedenfalls den Eindruck, dass der Verwaltung an einer einvernehmlichen Lösung der Problematik gelegen sei. Auch die Dienstleistungen sollten aufrecht erhalten werden. Es sei aber nicht jede Forderung erfüllbar.

Auch Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, sehr überrascht davon zu sein, dies zu lesen. Man sei nach den Ausführungen der Verwaltung auf einem guten Weg hin zu einer Lösung gewesen. Die heutige Pressemeldung sei nun die Quittung für die bisherigen Bemühungen. Auf eine Verdoppelung der Zuwendungen folge nun eine Kündigungsandrohung.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, alle vier Gemeinden hätten mit der Kommunalaufsicht ausgehandelt und so in die Wege geleitet, dass für diese pflichtige Aufgabe eine Zuwendung von 50 Cent je Einwohner geleistet werden könne. Dies sei ein Ergebnis intensiver Gespräche auch unter Beteiligung des Tierheims. Insofern sei die Presseberichterstattung auch für die Verwaltung sehr überraschend gewesen.

StVD **Wollnik** ergänzt, an alle vier Bürgermeister sei ein gleich lautendes Schreiben des Tierschutzvereins mit der Forderung gegangen, den Zuschuss auf einen Euro pro Einwohner zu erhöhen und die Übernahme der Tierarztkosten ab dem 10. Tage der Unterbringung zu garantieren. Für die Jahre 2011 und 2012 habe es aber schon vorher eine Einigung auf die Zahlung von 50 Cent/Ew. gegeben. Man habe also den Zuschuss um 100 % erhöht, weshalb die Verwaltung über die jetzige Reaktion schon verärgert sei. Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen des Tierheims würden der Verwaltung noch vorgelegt mit dem Ziel, Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

1.8.3 **Aufstellung eines Personalbedarfskonzeptes; Zeitplan**

Vorlage: M/2011/787

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, positiv von der Vorlage überrascht zu sein. Eine Bestandsaufnahme der Aufgaben sei der richtige erste Schritt der notwendigen Untersuchungen. Überrascht sei man innerhalb seiner Fraktion allerdings über die lange Dauer der Bestandserhebung. Deshalb sollte auch überlegt werden, ein Personalentwicklungsbüro zu beteiligen.

Nach Auffassung des Ratsherrn **Mederlet** muss jetzt erst einmal das von der Verwaltung zu Erarbeitende abgewartet werden. Für eine externe Unterstützung seien zudem keine Mittel vorgesehen. Mit den Aussagen und Ergebnissen von Beratungsbüros müsse man, wie die Erfahrung zeige, vorsichtig umgehen.

Ratsherr **Koppelberg** weist darauf hin, dass die Zeitdauer innerhalb des Projektmanagements nicht gleichzusetzen ist mit dem Stundeneinsatz.

1.8.4 **Ausbau der Breitbandversorgung; mündlicher Bericht der Verwaltung**

Bürgermeister von **Rekowski** erläutert den aktuellen Sachstand. Er bestätigt, dass die Verwaltung am Thema telekom@school zu Gunsten der Grundschulen, hier bezogen insbesondere auf Kreuzberg, arbeite. Die Breitband-Infrastruktur in Thier werde im August dieses Jahres erledigt sein; dann gehe es auch hier an die Vermarktung.

Zum Bereich Agathaberg / Dohrgaul sei anzumerken, dass die für das dortige Gebiet ermittelte wirtschaftliche Deckungslücke durch die Telekom neu berechnet werde; die seinerzeit genannte Summe lasse sich, ohne dass hierzu bisher eine konkrete schriftliche Information vorliege, voraussichtlich nicht mehr halten. Sie werde sich nach den derzeit verfügbaren Informationen wohl deutlich erhöhen. Dazu gebe es noch Abstimmungsgespräche bei und mit der Telekom, möglicherweise mit einer deutlichen Annäherung zur ursprünglichen Deckungs-

lücke. Unter Umständen könnten sich bei dem neuen Angebot die technischen Grundlagen verändern und anstelle der ursprünglich ins Auge gefassten Kabelverlegung könnte es in Teilbereichen zur Nutzung von Funksystemen (Richtfunkstrecken) kommen.

Ratsherr **Scherkenbach** bittet den Bürgermeister, seinen Dank für den bisherigen Einsatz und für die erfolgreichen Bemühungen an den mit dieser Angelegenheit befassten Mitarbeiter Michael Schmitz weiter zu geben. Die Verwaltung sei gebeten, immer wieder einmal über die Fortschritte bei der Breitbandversorgung zu berichten.

1.8.5 Ergebnisrechnung 2010

Vorlage: M/2011/788

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis nimmt, war Bestandteil der Einladung.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt, er habe die Hoffnung, die Eröffnungsbilanz 2007 vor der Sommerpause vorlegen zu können.

1.8.6 Kinderspielplatz im Neubaugebiet Siebenborn

StBD **Barthel** berichtet auf Nachfrage des Rats Herrn **Surborg**, dass es mit der Gestaltung des Spielplatzes im Neubaugebiet Siebenborn in Kürze weiter gehen soll. Angebote für die Spielgeräte seien zwischenzeitlich eingeholt worden. Im Mai sei deren Aufbau vorgesehen. Leider habe sich die Angelegenheit etwas verzögert.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -